

I. Teil.

79. Obmänner-Konferenz vom 16. August 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Zentralstelle im Rathause ein Defizit von 282.660 K aufweise und daß er an den Ernährungsminister das Ersuchen gerichtet habe, die Kosten für die öffentliche Auspeisung der Zentralstelle aus dem vom Staate für die Mindestbemittelten präliminierten Kredite zu ersetzen.

Beschwerde des Gemeinderates Neumann über die mit 1. August erfolgte Einstellung der Unterhaltsbeiträge an die im gemeinsamen Haushalte lebenden Frauen.

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Versorgung der Stadt Wien mit Brennholz im Winter 1917/18. (Bereits im Herbst 1915 hat die Gemeinde die Regierung auf die Gefahr des Brennholz mangels aufmerksam gemacht; erst nach fast zwei Jahren hat sich die Regierung bestimmt gefunden, einzugreifen. Erstattung von Vorschlägen seitens der Gemeinde bei einer Sitzung im Ackerbauministerium. Mindestbedarf an Unterjühdholz 500.000 Raummeter. Bisherige Deckung aus erst zu schlagernden Beständen in Niederösterreich 158.500 Raummeter. Für obige 158.500 Raummeter 2000 nicht qualifizierte, beziehungsweise 700 qualifizierte Arbeiter erforderlich. Für weiteren Holzbedarf von 342.000 Raummeter 4300 nicht qualifizierte, sohin im ganzen 6300 Mann erforderlich. Voraussetzung: Beistellung der Verpflegung durch die Militärverwaltung. Weiters erforderlich Werkzeuge, Feldschmieden, Feldbahnen und Futtermittel. Die in Wien vorhandenen Holzvorräte (16.000 Raummeter) sind als zu gering nicht in den Kalkul gezogen.)

Magistratsbericht über die Erhöhung der Kriegsteuerzuschläge für sämtliche Angestellte der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen einschließlich der Lehrpersonen. (Bewilligung bis zum 31. Dezember 1917, im allgemeinen Gleichstellung mit den Staatsbeamten, Rückwirkung auf den 1. Juli 1917.)

Vorschläge des Magistrates auf Erschließung neuer und Erhöhung bestehender Einnahmsquellen der Gemeinde Wien zur Deckung des Erfordernisses für die erhöhte Kriegsteuerzuschläge an sämtliche Angestellte der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen einschließlich der Lehrpersonen. (Erfordernis $10\frac{1}{2}$ Millionen Kronen halbjährig. Petition, betreffend Einführung eines Zuschlages zur Kriegsteuer oder entsprechende Beteiligung der Gemeinde Wien am Ertrage der in Wien vorgeschriebenen Kriegsteuer, Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Erwerbsteuer von den der öffentlichen Rechnungslegung unterworfenen Unternehmungen und zur allgemeinen Erwerbsteuer I. Klasse; Erhöhung des städtischen Zuschlages zur Totalisateursteuer. Einführung einer Gemeindeabgabe von öffentlichen Vorführungen. Erhöhung des städtischen Zuschlages zu den staatlichen Immobiliargebühren und zum Gebührenäquivalente. Einführung einer Gemeindeabgabe von Kraftwagen, Mühlampen und Dienstboten. Vorläufige Bestreitung der Auslagen aus dem Kassarest der eigenen Gelder, nötigenfalls vorschußweise aus den verfügbaren Anlehensgeldern, für die Unternehmungen aus deren Betriebseinnahmen, Ersuchen an den Bürgermeister um Fortsetzung der bereits eingeleiteten

Reform der städtischen Verwaltung. Aufforderung an die Regierung zum Abbau der Preise.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf Erhöhung der Zins- und Schulbesser um 2 h.

Erklärung des Gemeinderates Reumann, daß er den Vorschlägen des Magistrates für die Bedeckung der erhöhten Kriegsteuerzulage nicht zustimmen könne.

Beratung der Beschlußfassung über die Anträge des Magistrates, betreffend die Bedeckung der Kosten für die erhöhte Kriegsteuerzulage. (Genehmigung der Anträge des Magistrates über die Bewilligung einer erhöhten Kriegsteuerzulage.)

Genehmigung des Antrages des Gemeinderates Schmid, zur Unterstützung von in Not geratenen Gewerbetreibenden einen Betrag von 1 Million Kronen zu widmen, der nach den Vorschlägen der Bezirksvorsteher durch den Stadtrat zu verteilen ist.

80. Obmänner-Konferenz vom 29. August 1917.

Vorschläge des Magistrates auf Erschließung neuer und Erhöhung bestehender Einnahmequellen der Gemeinde Wien zur Deckung des Erfordernisses für die erhöhte Kriegsteuerzulage an die Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen einschließlich der Lehrpersonen. (Identisch mit den in der 79. Obmänner-Konferenz erstatteten Vorschlägen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn auf Einführung einer Fenstersteuer.

Erklärung des Gemeinderates Reumann, daß es seiner Partei unmöglich sei, zur Bedeckung der Kosten der Kriegsteuerzulagen irgendwie Stellung zu nehmen, da ihr nach dem geltenden Wahlsystem ein zu geringer Einfluß auf die Verwaltung zusteht.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf Einführung einer Gemeindeabgabe vom gemeinen Werte unverbauter Gründe.

Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 30. August 1917, Pr.-Z. 8455 ex 1917, M.-N. II—2975 ex 1917, betreffend die Schaffung von Mehreinnahmen anlässlich der Erhöhung der Kriegsteuerzulagen der städtischen Angestellten (Lehrpersonen).

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer über eine, an den Ministerpräsidenten und den Ernährungsminister gerichtete Zuschrift mit welcher die Erhöhung der Brot- und Mehlration gefordert wird.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Aussichten für den Winter und das Frühjahr ziemlich ungünstig. Keine Zuschübe aus Ungarn. Beginn der Verhandlungen mit Ungarn wegen Beschaffung der Frühkartoffeln bereits Ende Februar. Ursache des Versagens der ungarischen Zufuhr ist die außerordentliche Dürre. Aus dem gleichen Grunde nur geringe Mengen Frühkartoffeln aus Niederösterreich. Starker Rückgang der niederösterreichischen Ernte. Abverkauf von Frühkartoffeln von den Bauern an Ort und Stelle um horrenden Preise. Zuweisung von Bezirken an die Gemeinde Wien zur Lieferung von Frühkartoffeln. Verordnung der Statthalterei, die den Ein- und Verkauf an der Erzeugungsstelle verbietet und die Erzeuger verpflichtet, ihren Kartoffelüberschuß an bestimmte Lagerstätten nach Wien zu liefern. Ergebnis mit Rücksicht

auf die Ernteverhältnisse ungünstig, höchstens 100 Waggons. Versagen der Tullner Ernte; Ursache: Dürre und mangelhafte Beschaffenheit des Saatgutes. Anbauverträge infolge der schlechten Ernte nur zum Teile realisierbar. Abschluß von Anbau- und Lieferungsverträgen auf zirka 6000 Waggons für den Herbst. Weitere 6000 Waggons sollen durch die Zuweisung von Kartoffelüberschüsse aufweisenden Bezirken an die Gemeinde Wien seitens des Ernährungsamtes sichergestellt werden. Unterstützung der Kommissionäre der Kriegsgetreideverkehrsanstalt durch die Organe der Gemeinde bei der Aufbringung der Kartoffeln. Exportüberschuß von zirka 10 bis 15.000 Waggons in Galizien. Kartoffelschmuggel nach Deutschland. Kopfquote in Galizien 1 kg pro Kopf und Tag, während für Wien 1½ kg pro Kopf und Woche. Desolate Verhältnisse in Böhmen. Absicht der Regierung, die Anbauverträge nicht individuell durchzuführen. Erfordernis für eine Quote von 3 kg pro Kopf und Woche — 600 Waggons wöchentlich, das ist 2400 Waggons im Monat.)

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Veröffentlichung eines Berichtes in den Tagesblättern über die bisherigen Bemühungen der Gemeinde, Wien mit Kartoffeln zu versorgen.

Mitteilung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer in Angelegenheit einer Beschwerde über die Behandlung der Kartoffeln seitens der Gemeinde Wien, daß er nach einer persönlich vorgenommenen Besichtigung feststellen könne, daß die Behandlung der Kartoffeln eine vollkommen einwandfreie und tadellose sei.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, die journalistischen Korporationen zu ersuchen, auf die Presse dahin einzuwirken, daß sie beunruhigende Mitteilungen vor ihrer Publikation auf ihre Richtigkeit prüfen und sich an den zuständigen Stellen hierüber informieren möge.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er in den nächsten Tagen die Vertreter der Wiener Presse einladen und an sie das Ersuchen richten werde, beunruhigende Mitteilungen vor ihrer Publikation auf ihre Richtigkeit zu prüfen und an den zuständigen Stellen Informationen hierüber einzuholen.

81. Obmänner-Konferenz vom 17. September 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er sowohl vom Ernährungsminister wie vom Finanzminister und Statthalter die Zusage erhalten habe, daß die Zentralstelle im Rathause 3 Millionen Kronen aus dem Mindestbemitteltenfonde erhalten werde und daß diese daher für die nächste Zeit ihren Aufgaben gerecht werden könne.

Erklärung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gegenüber einem in der Arbeiter-Zeitung am 16. d. M. erschienenen Artikel, in welchem ausgeführt wird, daß die Erkrankungen an Ruhr im Wiener Versorgungsheime deshalb zunehmen, weil die Pfléglinge zu wenig zu essen bekommen. (Die alten Pfléglinge halten gut durch, während bei den Neuaufgenommenen infolge Erschöpfung bis zu 50% Sterbefälle wenige Tage nach der Aufnahme erfolgen.)

Außerung des k. k. Finanzministers über die in der Gemeinderats-sitzung vom 4. September 1917 beschlossenen Steuervorschläge zur Deckung der erhöhten Kriegsteuerzuschlägen. (Zuschlag zur Kriegsteuer abgelehnt.)

Kein Einwand gegen Erhöhung des Gemeindezuschlages zur besonderen Erwerbsteuer und zur allgemeinen Erwerbsteuer I. Klasse auf je 40%, wenn zugleich auch die bisherigen Gemeindezuschläge zur allgemeinen Erwerbsteuer II. Klasse, zur Rentensteuer und zur Grundsteuer entsprechend erhöht werden, gegen Erhöhung des Gemeindezuschlages zur Totalifateursteuer auf 60% grundsätzlich kein Anstand, allein mit Rücksicht auf einen parlamentarischen Antrag auf Erhöhung der mit den Rennwetten zusammenhängenden Gebühren fraglich, ob die staatliche Gebühr allein noch erträglich wäre, wenn diese Pläne verwirklicht würden, geschweige denn, daß daneben noch für eine Erhöhung des autonomen Zuschlages Raum bliebe. Lustbarkeitsabgabe — kein Einwand. Erhöhung des 10%igen Gemeindezuschlages zu den staatlichen Immobiliargebühren — abgelehnt. Kein Einwand gegen die Erhöhung des Gemeindezuschlages zum Gebührenäquivalente auf 20%. Einführung einer Gemeindeabgabe von Kraftfahrzeugen — abgelehnt. Einführung einer Abgabe von Glühlampen — abgelehnt. Zustimmung zur Einführung einer Abgabe von Klavieren und Diensthöten.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Regierung gegenüber den mit Gemeinderatsbeschluß vom 4. September 1917 genehmigten Steuervorschlägen der Gemeinde zur Deckung der Kosten der erhöhten Kriegsteuerungszulagen aufgetretenen Notwendigkeit der Aufnahme eines Kriegsanziehens von 60 bis 80 Millionen Kronen (Ertragnis der von der Regierung bewilligten Steuern zirka 5 Millionen Kronen, also bloß ein Viertel des zur Deckung der jährlichen Kosten der erhöhten Kriegsteuerungszulage erforderlichen Betrages von 21 Millionen Kronen. Einverständnis der Regierung mit der Aufnahme des Anlehens. Amortisation in 10 bis 15 Jahren.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, die Höhe des zur Deckung der erhöhten Kriegsteuerungszulage erforderlichen Kriegsanziehens mit 100 bis 120 Millionen Kronen festzusetzen, die Amortisationsdauer mit mehr als 10 bis 15 Jahren festzusetzen und die Laufdauer in 2 Perioden zu teilen, in der ersten Hälfte bloß Verzinsung, in der zweiten Hälfte Verzinsung und Amortisation.

Erklärung des Gemeinderates Reumann, dem Vorschlage des Herrn Bürgermeisters bezüglich der Aufnahme eines Kriegsanziehens in der Höhe von 60 bis 80 Millionen Kronen zuzustimmen und denselben in seinem Partei-Klub zu vertreten.

Zustimmung zu dem Vorschlage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, auf Aufnahme eines Kriegsanziehens in der Höhe von 60 bis 80 Millionen Kronen zur Deckung der erhöhten Kriegsteuerungszulagen.

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über eventuelle Betriebseinschränkungen. (Auch ohne Kohlennot Notwendigkeit von Betriebseinschränkungen infolge Waggonmangels. Fahrpark hat durch außerordentliche Überlastung sehr gelitten. Wiederinstandsetzung äußerst schwierig infolge Mangels an Material und Arbeitskräften. Gegenwärtig können noch 950 Züge täglich in Betrieb gesetzt werden. Vermehrung der Wagenschäden unbedingt für den Winter zu erwarten. Antrag: Betriebsschluß um 10 Uhr abends und Auflaffung einiger Linien auf solchen Strecken, wo noch Wagen anderer Linien verkehren, der sogenannten Bequemlichkeitslinien, z. B. der Linie H, 50, 64, 68 und H₂. Ersparnis 36 Waggon Kohle monatlich. Die bevorstehende Einberufung der Enthobenen bis zum 37. Lebensjahre würde den Straßenbahnen zirka 1200 Personen entziehen, wodurch der Verkehr wieder außerordentlich reduziert werden müßte.

Möglichkeit bei Durchführung der vorgeschlagenen Maßregeln über den Winter auszuhalten.)

Anregung des Gemeinderates Neumann, die Obmänner-Konferenz möge unter Führung des Herrn Bürgermeisters beim Kriegsminister und Landesverteidigungsminister gegen die Einberufung der enthobenen Straßenbahnbediensteten Vorstellung erheben.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller auf Einschränkung der Ermäßigungen und Freikarten (Schülerkarten) auf den städtischen Straßenbahnen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller auf Einstellung der Neßkarten der städtischen Straßenbahnen auf Kriegsdauer und der sogenannten Luxus- und Bequemlichkeitslinien.

Beschluß, deputation (Vertreter der Obmänner-Konferenz unter der Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner) gegen die Einberufung der Enthobenen der städtischen Straßenbahnen Vorstellung zu erheben.

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Infolge der Verordnung des Handelsministeriums und des Ministeriums des Innern vom Juli 1916, betreffend Höchstpreise für lebende Schweine und Schweineprodukte keine Schweine mehr auf dem Markte, Fett und Fettprodukte nicht zu haben. Ursache: Höchstpreise ohne gleichzeitige staatliche Bewirtschaftung und Übersehen des Umstandes, daß für die Belieferung mit Schweinen und Fettprodukten nicht Osterreich, sondern ausschließlich Ungarn in Betracht kommt. Versorgung von Woche zu Woche schlechter. Obige Verordnung über den Haufen geworfen, indem ungarische Mäster Lebendschweine mit 15 und 16 K pro Kilogramm verkaufen. Versuch der Gemeinde, rechtzeitig vorzujorgen. Tolerierung der Einkäufe der Gemeinde über dem Höchstpreis seitens der Regierung. Ausschließliche Versorgung der Kriegsküchen, Volksküchen, Suppen- und Teeanstalten mit Fett seitens der Gemeinde seit Monaten aus dem bei Kriegsbeginn angelegten Reserven. Versorgung der eigenen Anstalten und der öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen mit Fett. Zuweisung von 2 bis 3 Waggons Fett wöchentlich an die Gemeinde seitens der Regierung. Stillstand der Butterlieferung aus den nördlichen Staaten. Abgabe von Margarine an die Bevölkerung zur Butterstreckung. Versorgung der gesamten Bevölkerung mit 20.000 kg Fett unmöglich, daher Verwendung dieses Quantum bis auf weiteres lediglich zur Versorgung der Mindestbemittelten, deren Zahl 770.000 beträgt, im Wege der 50 Verkaufsstellen der Großschlächtereier auf Grund der Einkaufsscheine. Beginn des Fettverkaufs am 25. September 1917.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Übergang von der alten zur neuen Ernte günstig, da die rumänischen Bezüge noch zu erhalten waren, bis das neue Korn zur Verfügung stand. Wesentliche Erhöhung der Übernahmispriese aus der Ernte 1917, trotzdem keine Erhöhung der Mehlpreise. Differenz vom Arar getragen. Keine Erhöhung der Kopsquote für Nichtselbverjorger trotz Bemühungen der Gemeinde. Bemühung der Gemeinde, eine eiserne Reserve anzulegen. Forderung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner von 5000 Waggons Getreide und 1000 Waggons Mehl seitens der Kriegsgetreideverkehrsanstalt — Aussicht, einen Teil hievon zu bekommen. Neue Ausmahlungs-vorschrift. In Aussichtnahme einer Nährmittelzubereitung seitens des Ernährungsamtes ab 29. September 1917, und zwar Kollgerste, Weizengries und Teigwaren, $\frac{1}{4}$ kg für Schwerarbeiter, $\frac{1}{8}$ kg für die übrige Bevölkerung. Abgabe von Hafermehl für Kinder bis zum 3. Lebensjahre.)

82. Obmänner-Konferenz vom 24. September 1917.

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Aufnahme eines Kriegaanlehens in der Höhe von 80 Millionen Kronen zur Deckung der erhöhten Kriegsteuerzulagen (15jährige Laufzeit, 4½%ige Verzinsung, Kurs von 94½; Amortisation: jährlich 5 Millionen Kronen, im 15. Jahre 10 Millionen Kronen. Keine öffentliche Subskription.)

Magistratsbericht über die Erhöhung von Zuschlägen zu mehreren Kategorien von direkten Steuern vom Steuerjahr 1918 an im Zusammenhang mit den Vorschlägen, betreffend Bedeckung der Verzinsung und Amortisation des 80 Millionen Kronen-Kriegaanlehens.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, die öffentliche Subskription für das 80 Millionen Kronen-Kriegaanlehen zu erwirken.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller auf Erwirkung eines kommunalen Zuschlages zur Effektenumsatzsteuer.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Absicht der Statthalterei, auf die Wiener Bahnhöfe Kommissionen zu entsenden, die das Handgepäck der ankommenden Reisenden zu untersuchen haben, um Mehl, Butter, Eier, Hülsenfrüchte usw. mit Beschlagnahme zu belegen. (Stellungnahme dagegen.)

Zustimmung zur Stellungnahme des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner gegen die Absicht der Statthalterei, auf die Bahnhöfe Kommissionen zur Untersuchung des Reisegepäcks der ankommenden Passagiere zu entsenden.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, gegen die Absicht der Statthalterei, auf die Bahnhöfe Kommissionen zur Untersuchung des Reisegepäcks der ankommenden Passagiere Protest einzulegen.

Bericht des Vize-Bürgermeisters Rain über den Ankauf von Hopfen für das Brauhaus der Stadt Wien für das Betriebsjahr 1919/20 (400 q zum Preise von 170 K pro 50 kg; Aufbewahrung in Eisenbehältern. Deckung von zwei Dritteln des Bedarfs von 1919/20. Garantie des Braumeisters für die Konservierung auf 3 bis 4 Jahre.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, ein schriftliches Gutachten über die Konservierung von Hopfen vor dem Hopfenankauf für das Brauhaus der Stadt Wien einzuholen.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, das Stadtphysikat zu beauftragen, die gegenwärtig im Handel befindlichen Biere und Ersatzbiere auf ihre Gesundheitschädlichkeit zu prüfen.

Zustimmung zum Ankauf von 400 q Hopfen für das Brauhaus der Stadt Wien für das Betriebsjahr 1919/20 unter der Voraussetzung, daß ein günstiges Gutachten über die Hopfenkonservierung vorliegt.

Magistratsbericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Brennholz. (Ersatz der Kohle durch Brennholz wegen der geringen Menge von Kalorien nicht möglich. Sicherstellung nur des notwendigsten Erfordernisses für die Approvisionierungsgewerbe und des Unterzündholzes für die Bevölkerung. Große Schwierigkeiten: Mangel an Arbeitskräften, an Fuhrwerk, Lebens- und Futtermittel. Holzaktion der Gemeinde bereits im August 1915 eingeleitet durch Bericht an das Ackerbauministerium mit konkreten Vorschlägen. 30%ige Erhöhung der Bahntarife. Bildung einer Kommission zur Versorgung Wiens mit Brennholz erst im Juli 1917, die aus Vertretern des Ackerbauministeriums der Statthalterei und der Gemeinde besteht. Versuche der Gemeinde, Brennholz zu erhalten, schon im September 1915 sowohl von privaten Forst- und Güterverwaltungen als auch von der Heeresverwaltung — kein Erfolg. Sicherstellung von Brennholz

aus Niederösterreich und Russisch-Polen. Bis heute aus Russisch-Polen nichts angeliefert. Abschluß von Verträgen auf Lieferung von Brennholz aus Ungarn. Durch Ministerialverordnung vom 10. April 1917 günstigere Situation der Beschaffung. Sicherstellung von 290.000 Raummetern. Verhandlungen wegen Einkaufes von Bauholz. Vor Eintritt der Kälte dürften höchstens 120.000 Raummeter eingebracht werden.)

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, von der Regierung mit Rücksicht auf Hochwassergefahr die Erhaltung der Wälder in der Umgebung Wiens zu fordern.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister möge mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien beim Ministerpräsidenten in der Frage der Holzversorgung der Stadt Wien deputativ vorsprechen.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain, die Regierung aufzufordern, ehebaldigst Höchstpreise für Holz ab Produktionsort festzusetzen.

83. Obmänner-Konferenz vom 16. Oktober 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Audienz der Obmänner bei der Regierung in Angelegenheit einer eventuellen Betriebseinschränkung bei den städtischen Straßenbahnen bei weiteren Einberufungen der enthobenen Straßenbahnbediensteten. (Erklärung des Arbeitsministers, daß aus dem Grunde des Kohlenmangels vorläufig von Einschränkungen Abstand genommen werden könne; Zusage des Eisenbahnministers, daß der Erlaß, betreffend die Betriebseinschränkungen bei Lokal- und Kleinbahnen auf die Wiener städtischen Straßenbahnen keine Anwendung finde; Inaussichtstellung des weitestgehenden Entgegenkommens seitens des Kriegs- und Landesverteidigungsministers hinsichtlich der Einberufungen und der Beistellung von Arbeitspersonal; Antrag: Aufrechterhaltung des Betriebes im gegenwärtigen Ausmaße und Ermächtigung der Direktion, auf verkehrarmen Linien eine Vergrößerung der Intervalle einzuführen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, im Notfalle den Ringverkehr aufzuheben, den Radialverkehr im bisherigen Ausmaße beizubehalten, denselben aber möglichst lange auszudehnen.

Beschluß, den Verkehr auf den städtischen Straßenbahnen im bisherigen Umfange aufrechtzuerhalten und die Direktion zu ermächtigen, auf verkehrarmen Linien eine Vergrößerung der Intervalle einzuführen.

Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 11. Oktober 1917, Pr.-Z. 10120, betreffend die Bewilligung einer Subvention von 10.000 K für den Verein „Studienfürsorge für Kriegerwaisen und für die durch den Krieg notleidenden Studenten beiderlei Geschlechtes“.

Kenntnisnahme folgender Stadtratsbeschlüsse vom 27. September beziehungsweise 12. Oktober 1917, Pr.-Z. 9688, Erhöhung der Zuschläge zu den direkten Steuern, Pr.-Z. 9863, Erhöhung des 10%igen Zuschlages zum Gebührenäquivalente, Pr.-Z. 10201, Einführung einer neuen Gemeindeabgabe von Kraftfahrzeugen und eines Gemeindezuschlages zum staatlichen Spielkartenstempel und Pr.-Z. 9839, Genehmigung der neuen Fassung der Abgabeordnung, betreffend die Einführung einer Gemeindeabgabe vom Wertzuwachs von Liegenschaften im Gebiete der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Anregung des Gemeinderates Reumann, von der Bodenwertzuwachssteuer die sozialen Versicherungsanstalten, wie Krankenkassen, Invaliden- und Pensionsversicherungsanstalten auszunehmen.

Magistratsbericht über Vorkommnisse am Nordbahnhofe bei der Abfuhr von Eiern durch die Händler.

Magistratsbericht über die Abänderung des Übereinkommens der Gemeinde Wien mit der Marmeladenfabrik in Tribuswinkel.

Magistratsbericht über eine im „Abend“ vom 15. Oktober erschienene Notiz, nach welcher in der Marmeladenfabrik in Tribuswinkel große Mengen von Obst zugrunde gegangen sein sollen. (Derartig überreiche Apfelschübe in der letzten Woche, daß sofortige Entladung nicht durchgeführt werden konnte; wiederholte Betriebsstörung auf der Badener Lokalbahn führten einige Male zur tagweisen Einstellung des Güterverkehrs. Zur Hintanhaltung des Verderbens des Obstes Abdirigierungen auf die Wiener Bahnhöfe. Ursache der überreichen Zufuhr: Bestreben der Produzenten, die nicht haltbare Sommerware rasch abzustoßen. Vergebliche telegraphische Aufträge und Weisungen. Behauptung des „Abend“, daß am 12. Oktober 69 Waggons Apfel in der Station Tribuswinkel standen, unrichtig, denn eine von der Zentraltransportleitung dorthin entsendete militärische Kommission stellte fest, daß an diesem Tage nur 19 Waggons unausgeladen in Tribuswinkel standen.)

84. Obmänner-Konferenz vom 7. November 1917.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Besprechung beim Ministerpräsidenten in Angelegenheit der Ordnung der Verhältnisse der Wiener Krankenanstalten. (Geneigtheit, der Bildung einer autonomen Korporation zur Verwaltung sämtlicher Wiener Krankenanstalten zuzustimmen.)

Magistratsbericht über das Wiener Lebensmittelskartensystem im Vergleich zu jenem Berlins. (Tadelloses Funktionieren des Wiener Apparates trotz des weitaus komplizierteren Kartensystems)

Magistratsbericht über die Durchführung der Volksbekleidung in Wien und Niederösterreich. (Organisation des Volksbekleidungsamtes und bisherige Tätigkeit desselben.)

Forderung des Gemeinderates v. Steiner nach einer strengen Kontrolle über die Verwendung der für Volksbekleidungszwecke erworbenen Waren und der für diese Zwecke abgegebenen alten Kleider.

Magistratsbericht über die Ausgabe der Kohlenkarte und der Bezugsscheine für Kohle. (495.754 Anmeldungen, 116.137 Haushaltungen bevorrätigt. Ausgabe von 363.000 ganzen und 16.000 halben Küchenbränden, 220.000 ganzen und 215.000 halben Zimmerbränden. An Vorräten einbekannt 12.000 Waggons Steinkohle. Festsetzung des Kontingentes für Hausbrand mit 20 kg pro Woche durch das Arbeitsministerium. Bei Einhaltung des der Gemeinde zugewiesenen Kontingentes dürfte die Versorgung mit Hausbrand bei äußerster Sparsamkeit sicher gestellt sein. Bei Beginn der Zufuhr der inländischen Kohle werde die Quote von 20 kg vielleicht etwas erhöht werden können.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Günstige Getreideanlieferung im Juni, Juli und August aus Niederösterreich.)

Versorgung seit anfangs September fast ausschließlich aus Rumänien. Bis vor 14 Tagen befriedigende Zufuhren, seit Mitte Oktober jedoch Rückgang. Ursache des Versagens der Aufbringung in Niederösterreich im Oktober und November in den Anbauarbeiten. Abdisponierung des für Wien bestimmten Getreides in den letzten Wochen nach Böhmen und Mähren. Getreideaufbringungsplan des Ernährungsamtes: Forcierung der rumänischen Bezüge solange der Donauweg frei ist und Heranziehung der inländischen Produktion erst im Frühjahr 1918. Besorgnis, da die rumänischen Transporte derzeit beinahe stillstehen und die inländischen Vorräte durch verbotswidriges Verfüttern und durch den Schleichhandel gefährdet erscheinen. Viermalige Abänderung der Vermahlungsvorschriften. Forderung der Gemeinde nach einer eisernen Reserve. Überreichung eines Memorandums an den Ministerpräsidenten, Ernährungsminister und Generalmajor Landwehr mit dem Ersuchen, daß unter allen Umständen für Wien ein eiserner Vorrat bestellt werde. Wochenbedarf 96 Waggons, wöchentliche Zuweisung seitens der Kriegsgetreideverkehrsanstalt 94:1 Waggons.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, in der Frage der Mehlerversorgung deputativ bei der Regierung Vorstellung zu erheben.

Beschluß, in Angelegenheit der Mehl-, Milch-, Fett- und Kohlenversorgung der Stadt Wien durch eine Deputation der Obmänner-Konferenz unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner bei der Regierung vorstellig zu werden.

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Beginn der Butterrationierung anfangs Juli 1917, Sinken der holländischen Butterzufuhr, 3 dkg Butter, 3 dkg Margarine oder Speck. 28. Oktober bis 3. November butterlose Woche. Aufhören der Butterzufuhr aus der Provinz. Besserung der Butterzufuhren infolge eines Vertrages zwischen Österreich, Deutschland, Holland. Glatte Durchführung der Rationierung von Schweinefett für die Mindestbemittelten. Einstellung der Fettzuweisungen seitens des Ernährungsamtes, Aufrechterhaltung der Rationierung für die Mindestbemittelten durch die Gemeinde durch die Beistellung von 3500 kg Kriegsmargarine. Minimale Fettbezüge aus Ungarn vom März bis August 1917, Besserung der Situation ab August 1917, Fett und Speck aus Ungarn wieder zu haben, da enorme Preise, für Schmalz 29 bis 32 K im Großhandel. Vorsorge des Ministers Höfer für Fett durch Abschluß von Einstellverträgen mit ungarischen Schweinemästern, Betrauung der Viehverwertungsgesellschaft mit der Durchführung der Anläufe, Beistellung des Futters durch die ungarische Regierung. Intervention beim Ernährungsminister, daß mindestens 50% dieser Schweine an Wien geliefert werden. Anfrage der Viehverwertungsgesellschaft an die Gemeinde, ob sie bereit sei, die Ware mit 400 K pro Stück zu bevorschussen. Antrag: Der Viehverwertungsgesellschaft für ein Schwein 40% Vorschuß zu gewähren. Gesamtbetrag 1,400.000 K. Forderung nach 1000 Waggons Lisaaten zur Herstellung von Kriegsmargarine.)

Genehmigung der Vorschußerteilung an die Viehverwertungsgesellschaft anlässlich der Einstellung von Schweinen bei ungarischen Schweinemästern. (1,400.000 K.)

Beschwerde des Gemeinderates v. Steiner über die Qualität der sogenannten Streckbutter.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. Stockung der Zufuhren anfangs Oktober. Besserung der Zufuhren seit 26. Oktober, täglich zirka 200 Waggons, Einlagerung von 1140 Waggons in den Mieten in Schwechat und Stadlau und von 1000 Waggons in den

übrigen Lagern. Vorrat der Kriegsleistungsbetriebe und der Konsumentenorganisationen ebenfalls 1000 Waggons. Winterreserve sohin 3000 Waggons. Hoffnung, bis zum Eintritt des Frostes 4000 Waggons einzulagern, was bis Ende März bei einer Quote von 1 kg pro Kopf ausreicht. Erhöhung der Quote ausgeschlossen.)

Genehmigende Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 31. Oktober 1917, Pr.-Z. 10953, betreffend Beitritt der Gemeinde Wien zur Obstmostverkehrs-gesellschaft G. m. b. H.

Genehmigende Kenntnisnahme des Stadtratsbeschlusses vom 8. November 1917, Pr.-Z. 9664, betreffend das Ansuchen der Firma Soini & Co. um Ermäßigung des Bestandzinses der Ankündigungssäulen und Verlängerung der Dauer des Vertrages mit der Gemeinde Wien.

85. Obmänner-Konferenz vom 20. November 1917.

Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke über ein Anbot der Depositenbank auf Beteiligung der Gemeinde Wien an der Ausbeutung der Dzieditzer Montan-Gewerkschaft (Kohle).

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain, das Anbot der Depositenbank auf Beteiligung der Gemeinde Wien an der Ausbeutung der Dzieditzer Montan-Gewerkschaft wegen der zu hohen Forderung abzulehnen und nicht auf Verhandlungen einzugehen.

Beschluß, in Angelegenheit des Angebotes der Depositenbank auf Beteiligung der Gemeinde Wien an der Ausbeutung der Dzieditzer Montan-Gewerkschaft zum Zwecke von Verhandlungen ein aus allen Parteien des Gemeinderates bestehendes Verhandlungskomitee zu wählen.

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Verlauf der Audienz der Obmänner der Gemeinderatsparteien in Angelegenheit der besorgniserregenden Lage der Wiener Approvisionierung beim Ministerpräsidenten. (Unbefriedigendes Ergebnis. Aussichten für Brot- und Mehlerverjorgung ungünstig. Von Rumänien nichts mehr zu erwarten, Ungarn hat bisher vollkommen verjagt, Böhmen und Mähren passiv, Niederösterreich erschöpft. Fettverjorgung ungenügend, Margarineerzeugung wegen Kohlenmangels im Stocken, Zuckernot infolge Waggonmangels, Zuweisung von 2 Kreisen Russisch-Polens zur Behebung der Milchnot, Unterstützung seitens der Regierung durch Beistellung von Militär zur Behebung des Brennholz-mangels in Aussicht gestellt. Forderung nach einem Anteil an der venetianischen Beute, diesbezügliche Zusage der Regierung. Vorschlag: Rundgebung der Obmänner-Konferenz an die Regierung unter Hinweis darauf, daß die Gemeinde bei der staatlichen Zwangsbewirtschaftung nicht die Möglichkeit habe, die für die Bevölkerung notwendigen Lebensmittel zu beschaffen.)

Magistratsbericht über die Mehlerverjorgung der Stadt Wien. (Unerwartetes kritisches Stadium der Mehlerverjorgung im Hinblick auf die offiziellen Rundgebungen der Regierung, die ausdrücklich auf eine hinlänglich gute Ernte hinwies. Gründe: Vollständiges Verjagen der staatlichen Getreidebewirtschaftung, schwere Mängel bei der Getreideerfassung und -aufbringung. Schwere Bedenken gegen den Verjorgungsplan für das Erntejahr 1917, nach welchem die inländische Ernte erst im Frühjahr 1918 vermahlst werden soll, während in der Zwischenzeit die

rumänischen Zuschübe den Mehlbedarf decken sollen. Rumänische Zuschübe gehen angeblich schon zu Ende, auch inländische Erntevorräte bereits jedem Zugriffe entschwunden. 50%iger Verlust unserer Ernte nach sachmännischer Schätzung infolge der von der Regierung geduldeten Lohnmüllerei und Getreide- und Mehlhinterziehung (Schleichhandel). Beweis der Überschätzung des Ernteertrages seitens des Ernährungsamtes ist die vorübergehende Gestattung der Herstellung von Nullermehl sowie die Freigabe eines nicht unbedeutenden Quantums Gerste für die Biererzeugung und für Industriezwecke. Unbedingte Notwendigkeit, Ungarn zu einer Getreideaushilfe zu verhalten und Forderung von der Regierung nach Verhandlungen mit Deutschland, daß die noch vorhandenen rumänischen Getreidevorräte für Oesterreich bestimmt bleiben. Erklärung gegenüber der Regierung daß eine Kürzung der Kopfquote für Brot und Mehl unmöglich sei, daß der Gemeinde durch die staatliche Getreidebewirtschaftung jeder Einfluß auf die Bereitstellung des Getreides und der Mahlprodukte entzogen wurde, daß die Gemeinde jede Verantwortung für eventuelle Brotfrawalle infolge Kürzung der Quote ablehnen müßte, Protest gegen die Irreführung der öffentlichen Meinung durch unrichtige Publikationen über Ernteergebnisse und Forderung nach einer eisernen Reserve von Brotgetreide für eventuelle Notstände.)

Beschluß in Angelegenheit der Mehlversorgung der Stadt Wien: Die Regierung und der Reichsrat werden im Hinblick auf den Ernst der Lage dringend aufgefordert, die nötigen Maßnahmen zur Sicherung einer ausreichenden Ernährung der städtischen Bevölkerung und besonders jener der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu treffen, da die Städteverwaltung bei der staatlichen Zwangsbewirtschaftung der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel außerstande sind, aus eigener Kraft die Versorgung der Bevölkerung durchzuführen, daher auch jede Verantwortung ablehnen müsse, wenn sich aus der mangelhaften Versorgung Schädigungen des Gesundheitszustandes und Störungen des Wirtschaftslebens ergeben sollten. (Antrag v. Steiner.)

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, von der Regierung ein Gesetz zu fordern, durch welches die Bevölkerung vor Übervorteilung beim Verkehr mit Surrogaten geschützt wird.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, die Regierung aufzufordern, alle Bezirke Böhmens und Mährens gleichmäßig zur Ablieferung von Getreide und Mehl heranzuziehen.

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, an die Regierung die Forderung zu richten, daß der Schleichhandel, der im Wege der Lohnmühlen getrieben wird, mit der größten Entschiedenheit unterdrückt werde.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, die Presse in einer Besprechung über die Machtlosigkeit der Gemeindeverwaltung in Approvisionierungsfragen angesichts der staatlichen Bewirtschaftung zu informieren.

Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Wiener Reichsratsabgeordneten ohne Unterschied der Partei ins Rathaus zu einer Konferenz einzuladen, in welcher die gegenwärtige schwierige wirtschaftliche Lage der Stadt Wien zur Diskussion gestellt wird.

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Fettversorgung nach wie vor trostlos. Infolge der geringen Vorräte Feststellung höchstens eines Wochenplanes oder für 14 Tage seitens des Ernährungsamtes. Ablieferung von 20 Waggons Olsaak seitens des Kriegsministeriums an die Öl- und Fettzentrale statt der geforderten 1000 Waggons. Fortsetzung der Verhandlungen mit dem Kriegsministerium wegen Freigabe eines größeren Quantums von den beschlagnahmten Ölvorräten für die

Zivilbevölkerung. Schwierigkeiten bei den Transportscheinen, die die Gemeinde zur Hereinbringung aus Ungarn erhält. Trotz Weiterbestehens der Vereinbarungen mit Ungarn sperren einzelne Stuhlrichter, da die Zentralisierung des Schweinefettverkehrs bevorsteht, ihre Komitate und verhindern die Ausfuhr. Für die Zeit vom 25. November bis 8. Dezember 6 dkg Fett, und zwar 3 dkg Margarine und 3 dkg Butter pro Kopf und Woche sichergestellt.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung Wiens. (Einlauf im Oktober 5500 Waggons, d. i. durchschnittlich 200 Waggons täglich. In den Lagern 1450, in den Mieten 2048, bei den Kriegsteilnahmebetrieben und Konsumentenorganisationen 600 Waggons, d. i. zusammen 4098 Waggons. Bei einem Kilogramm pro Kopf und Woche ist die Deckung bis 31. März 1918 vorhanden. Erhöhung der Quote auf $1\frac{1}{2}$ kg pro Woche infolge Schwierigkeiten bei der Unterbringung der Kartoffeln in den Lagern. Aufrechterhaltung dieser Quote über den ganzen Winter möglich, wenn noch 1600 Waggons anrollen. Einführung der Kartoffelkarte und Rahonierung ab 12. November 1917 erfolgte flaglos. Ausgabe von 1.646.520 Kartoffelkarten, zirka 200.000 Personen [10% der Bevölkerung haben auf die Kartoffelkarte verzichtet. Qualität der Kartoffeln heuer sehr gut.]

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, den Mieterschutz bei jenen Berufen, wo der Sitz des Berufes und die Wohnung zusammenfallen, wie bei Ärzten, Advokaten usw., auf Wohnungszinse bis zu 5000 K zu erhöhen.

Anregung des Gemeinderates Skaret, auch die Hausbesorgerwohnungen in den Mieterschutz einzubeziehen.

86. Obmänner-Konferenz vom 18. Dezember 1917.

Magistratsbericht über den Abschluß eines Abkommens mit dem Hofärar hinsichtlich des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf a. d. Donau. (Das Hofärar willigt in die grundbücherliche Löschung des Jagdrechtes zugunsten des Kaisers und tritt an den Versorgungsfonds als Eigentümer des Fondsgutes größere Flächen zur Ergänzung des Besitzes ab, wögegen die Gemeinde den südlichen Teil der Lobau in das freie Eigentum des Hofäaras übergibt. Nach Durchführung dieses Abkommens erlangt die Gemeinde die volle Verfügungsfreiheit über das ihr verbleibende nördliche Gebiet in der Lobau und wird in der Lage sein, am linken Donauufer einen Naturpark als Erholungsstätte für die Wiener Bevölkerung mit Spiel- und Sportplätzen für die Jugend zu schaffen, außerdem für die Approvisionierung Wiens dadurch in großzügiger Weise vorzuzorgen, daß die Wiesengründe in der Lobau in ausgedehntem Maße für landwirtschaftliche Zwecke insbesondere für Gemüseanbau herangezogen werden sollen.)

Genehmigung folgender Anträge in Angelegenheit des Abschlusses des Abkommens mit dem k. u. k. Hofärar hinsichtlich des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf a. d. Donau.

I. Das in der Verhandlungsschrift vom 23. November 1917 niedergelegte Abkommen zwischen der Gemeinde Wien und dem k. u. k. Hofärar wird genehmigt.

II. Der Magistrat wird beauftragt, die erforderlichen Vorarbeiten für die landwirtschaftliche Ausnützung für diesen Zweck geeigneter Grund-

flächen in der Lobau ungesäumt in Angriff zu nehmen und schleunigst hierüber zu berichten.

III. Ferner hat der Magistrat ehestens Anträge hinsichtlich der Umgestaltung der Lobau in einen Naturpark als Erholungsstätte für die Wiener Bevölkerung vorzulegen, wobei insbesondere für die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen für die Jugend und für andere öffentliche Zwecke in weitgehendstem Maße Vorsorge zu treffen ist.

IV. Wegen Schaffung entsprechender Verkehrsverbindungen zwischen den verbauten Teilen der Stadt und der Lobau sind rechtzeitig Vorschläge zu erstatten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht auf Schaffung einer eigenen landwirtschaftlichen Stelle der Gemeinde Wien unter Anstellung eines bewährten fachmännisch gebildeten landwirtschaftlichen Rates.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, auf den Gründen der Lobau einen Ausstellungsplatz zu reservieren.

Magistratsbericht über die Gewährung eines Anschaffungsbeitrages pro 1917 und einer Kriegszulage für das erste Halbjahr 1918 an die städtischen Angestellten. (Kosten der einmaligen Zuwendung zirka 11 Millionen Kronen, Erfordernis für die Kriegszulage im ersten Halbjahr 1918 zirka 30-5 Millionen Kronen. Bedeckung aus dem 80 Millionen Kronen-Kriegsanlehen der Gemeinde Wien.)

Dank der Obmänner-Konferenz an den Bürgermeister für seine erfolgreichen Bemühungen um das Zustandekommen des Übereinkommens mit dem k. u. k. Hofärar hinsichtlich des Stiftungsfondsgutes Ebersdorf a. d. Donau. (Antrag Schmid.)

87. Obmänner-Konferenz vom 15. Jänner 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. (Intervention bei der deutschen Botschaft wegen Beistellung deutscher Waggons. Zuschrift des deutschen Botschafters, mit welcher die Beistellung von Wagen für die Kohlenzufuhr an die städtischen Gaswerke mit der Begründung abgelehnt wird, daß in Deutschland ebenfalls Kohlennot herrsche und die Rückgabe deutscher Kohlenwagen aus Österreich in ungenügendem Maße erfolge.)

Bericht der Gaswerksdirektion über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. (Eisenbahnministerium sieht sich mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung des deutschen Zentralwagenamtes hinsichtlich der Beistellung deutscher Wagen veranlaßt, durch Kassierungswagen auszubelfen. Telegraphischer Auftrag des Arbeitsministeriums an den Kohlenversorgungsinspektor in Mähr.-Osttau, das volle Monatskontingent von 64.430 t für das Wiener Gaswerk zur Verladung zu bringen. Keine wesentliche Besserung, Lieferung von kaum 30% des Kontingentes in den letzten Wochen des Dezembers. Zuschrift an das Arbeitsministerium mit Hinweis auf diese Tatsache. Eisenbahnministerium weist nach, daß die Kassierungswagen an einzelnen Tagen nicht voll in Anspruch genommen werden. Die Besprechung mit Vertretern des Arbeits- und Eisenbahnministeriums zeigte, daß es derzeit an Wagen nicht mangle, daß jedoch Eisenbahnministerium nicht in der Lage ist, auch nur diejenigen Kohlen-

mengen zu liefern, die in allererster Reihe voll geliefert werden sollen: Staatsbahn, Ungarn und Kriegsmarine. Wiener Gaswerke haben vom 1. bis 13. Jänner nur 56% des Kontingentes erhalten. Leistungsfähigkeit des Revieres werde nach Ansicht des Kohleninspektors noch weiter zurückgehen. Kürzung bei den Kokerei-Kohlenmengen zugunsten der Gaswerke erforderlich. Kein Rückgang in der Kokszerzeugung in den Kokereien. Gegenwärtiger Vorrat der Gaswerke 38.753 t Kohle gegenüber 140.000 t im Vorjahre. Gegenüber den vom Arbeitsministerium den Gruben aufgetragenen Liefermengen haben die Gaswerke um 140.000 t weniger bekommen. Zuschrift des Arbeitsministeriums an die Gaswerksdirektion vom 7. Jänner 1918, welche unter Hinweis auf das ständige Sinken der Gaswerksvorräte die Notwendigkeit weiterer Sparmaßnahmen betont und eine Sitzung für den 16. Jänner anberaumt. Antrag der Gaswerksdirektion, bezüglich der Stellungnahme der Vertretung der Gemeinde Wien bei dieser Sitzung: Keine Vorschläge für Ergänzungsmaßnahmen seitens der Gemeinde, sondern Anhörung der Vorschläge des Arbeitsministeriums, Äußerung zu diesen Vorschlägen und Schilderung ihrer Wirkungen seitens der Gaswerksdirektion. Arbeitsministerium werde — wenn man es ihm selbst überläßt, Vorschläge zu machen — sich wahrscheinlich zu keinen Sparmaßnahmen entschließen können, sondern werde eben sorgen müssen, daß Kohle nach Wien kommt. Besserer Einlauf in den letzten Tagen. Schwierigkeit bei der Entladung, weil zum großen Teil nur Kleinkohle kommt, die zu Eisklumpen gefroren ist. Bei gleichbleibendem Einlauf wie im Jänner werden die Gaswerke in zirka 35 Tagen, somit Mitte Februar zum Stillstande kommen. Bei Belieferung mit dem vollen Kontingente komme das Gaswerk über den Winter hinweg. Ansammlung von Vorräten für den kommenden Winter unmöglich. Anforderung von größeren Mengen beim Arbeitsministerium erforderlich. Erhöhung des Kontingentes kaum wahrscheinlich. Stillstand der Schamottefabriken schon seit Monaten. Gefahr, daß das Gaswerk das feuerfeste Material für notwendige Reparaturen nicht erhält. Leistungsfähigkeit des Werkes wird infolgedessen um mindestens 30% gegenüber der heurigen heruntergehen. Kohlenversorgung für den nächsten Winter bedrohlich. Intervention beim Arbeits- und Kriegsminister wegen Belieferung der Schamottefabriken mit Kohle.

Ermächtigung der Gaswerksdirektion, bei der im Arbeitsministerium stattfindenden Sitzung in Angelegenheit der Ergreifung weiterer Sparmaßnahmen im Gaskonsum, keine Vorschläge für Sparmaßnahmen zu erstatten, sondern die Vorschläge des Arbeitsministeriums anzuhören, sich zu diesen zu äußern und ihre Wirkungen zu schildern.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Andauernde Verschlechterung. Zufuhr an aus- und inländischer Kohle ungenügend. Die 11 Verkaufsplätze der Gemeinde sollen wöchentlich 6371 t Kohle erhalten, tatsächlich erhielten sie in der Zeit vom 30. Dezember bis 5. Jänner nur 2398 t, d. i. 37,6%, in der Zeit vom 6. bis 12. Jänner 1918 3453 t, also 54,2%. Die auf den Lagerplätzen angesammelten Vorräte sind infolge der mangelhaften Zufuhren bereits zusehends. Jede Störung in der Zufuhr hat die sofortige Schließung der Verkaufsplätze zur Folge. Versorgung der Kleinkohlenhändler vom Nordbahnhof aus, stößt, abgesehen von der mangelhaften Versorgung dieses Bahnhofes, wegen Mangels an Fuhrwerk auf die größten Schwierigkeiten. Absicht, die Kohlenwochenmenge neuerlich herabzusetzen. Verminderung der Kohlenknappheit leider nicht zu erwarten.)

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, in der nächsten Obmänner-Konferenz die Frage der Holzbeschaffung zur Debatte zu stellen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller auf Errichtung von Wärmestuben, Erwärmungslokalen und Ankündigung derselben durch Straßentafeln.

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Die von der Gemeinde bereits im Oktober v. J. vorausgesehene Kürzung der Mehlquote ist eingetreten. Nichteinhaltung aller von der Regierung gemachten Zusagen auf Besserung. Noch Mitte Dezember 1917 negierte die Regierung jeglichen Notstand in bezug auf Mehl und erklärte, daß die Versorgung über das ganze Erntejahr 1917/18 sichergestellt sei. Die Erfolglosigkeit aller Schritte der Gemeinde entbinde sie jeder Verantwortung für die Zukunft. Beschluß der Obmänner-Konferenz vom 20. November 1917, mit welchem eine Reihe von Abhilfemaßnahmen vorgeschlagen wurden, die insbesondere die Produktionssteigerung, eine richtige Ernte- und Anbau-statistik und die sofortige Erfassung aller inländischen Getreidevorräte sowie die Anwendung von Zwangsmaßnahmen behufs Beschaffung eines eisernen Vorrates an Brotgetreide für den Wiener Bedarf betrafen, weiters Maßnahmen zur Beseitigung der Lohnmüllerei-Mißbräuche und eine Stabilisierung der Ausmahlungsvorschriften. Aufrechterhaltung der Versorgung in den letzten Wochen ist dem Umstände zu verdanken, daß die Gemeinde Wien über das leistungsfähigste Mühlenunternehmen Österreichs verfügt, über die Erste Wiener Walzmühle Bonwiller A.-G. Verschärfung der schon Mitte Dezember eingetretenen Situation in den letzten Dezemberwochen. Aufrechterhaltung der Versorgung in den letzten Dezember- und ersten Jännerwochen ausschließlich durch die Gemeinde, indem sie die für eine Schweinemast in Bernhofen reservierten 35 Waggons Futtergerste der Kriegsgetreideverkehrsanstalt für Vermahlungs-zwecke zur Verfügung stellte. Unter dem Drange der Verhältnisse überließ der Bürgermeister 42 Waggons Getreide, die für eine eiserne Reserve der Stadt Wien bestimmt waren, der Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Kalendarium, betreffend die Schritte der Gemeinde Wien zur Besserung beziehungsweise Sicherung der Mehlversorgung hinsichtlich der Ernte 1917. Antrag: Resolution, in welcher über die Kürzung der Mehlquote das Bedauern ausgesprochen und festgestellt wird, daß die Gemeinde rechtzeitig wiederholt und mit allem Nachdruck auf die Ursachen der Mehlnappheit hingewiesen und daß sie zweckdienliche Maßnahmen zur Hintanhaltung derselben vorgeschlagen habe, daß die Gemeinde bei der herrschenden staatlichen Bewirtschaftung Vorkehrungen zur Abhilfe im eigenen Wirkungskreise nicht treffen konnte und die Forderung erneuert wird, die zur Erfassung der inländischen Getreidevorräte zweckdienlichen Zwangsmaßnahmen unverweilt zu treffen, daß die Importe aus Rumänien eventuell auf dem Landwege realisiert werden und Ungarn mit allen Mitteln zur Getreidebeziehungsweise Mehllieferung an Österreich verhalten werde und die Regierung schließlich aufgefordert wird, zur Deckung des Entfalles an Verschleißmehl Ersatzmittel zur Verfügung zu stellen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, für die Besprechung der Kürzung der Mehlquote eine außerordentliche Sitzung einzuberufen.

Kennntnisnahme eines Kalendariums, betreffend die Schritte der Gemeinde Wien zur Besserung beziehungsweise Sicherung der Mehlversorgung hinsichtlich der Ernte 1917. (Siehe Nr. 7 des Amtsblattes der Stadt Wien vom 22. Jänner 1918, Seite 134.)

Verschiebung der Beschlußfassung über die Resolution, betreffend die Kürzung der Mehlsquote auf eine für den 16. Jänner 1918 einzuberufende Obmänner-Konferenz.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Absicht des Landesverteidigungsministers, im Auftrage des Ministerpräsidenten eine Sitzung mit den Wiener Reichsratsabgeordneten und Gemeindevertretern abzuhalten, um die Beschwerden gegen die Zentraltransportleitung entgegenzunehmen.

88. Obmänner-Konferenz vom 16. Jänner 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er vor Beratung der Resolution über die Kürzung der Mehlsquote im Gemeinderate noch einmal heute beim Ministerpräsidenten vorgeprochen habe, um von demselben noch in letzter Stunde eine Erklärung zu erhalten, daß dies jedoch vergeblich gewesen sei.

Genehmigung folgender Resolution gegen die vom k. k. Amte für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlsquote:

„Der Wiener Gemeinderat protestiert gegen die vom k. k. Amte für Volksernährung verfügte Kürzung der Mehlsquote, welche mit den herrschenden Verhältnissen begründet wird. — Die Gemeindeverwaltung stellt bei diesem Anlasse fest, daß sie rechtzeitig, wiederholt und mit allem Nachdrucke auf die Ursachen der jetzt eingetretenen Mehlsknappheit hingewiesen hat, daß sie auch zweckdienliche Maßnahmen zur Hintanhaltung dieser geradezu beklagenswerten Entwicklung, die noch dazu mit dem tatsächlichen Vorratsstande in der Gesamtmonarchie nicht im Einklange steht, in Vorschlag gebracht hat, welche Maßnahmen bei den berufenen Organen in keiner Hinsicht Berücksichtigung gefunden haben. — Angesichts der straffen zentralen Bewirtschaftung des Getreides und Mehles und der vollständigen Abhängigkeit des großen Konsumzentrums Wien von den jeweiligen Zuweisungen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt konnte die Gemeinde Wien im eigenen Wirkungskreise Vorkehrungen zur Abhilfe nicht treffen. — Die Gemeinde Wien muß die Forderung erneuern, daß noch jetzt in letzter Stunde die zur Erfassung der inländischen Getreidevorräte geeigneten Zwangsmaßnahmen unverweilt getroffen werden, daß der Schleichhandel in Mehl und Getreide und die ihn begünstigende Lohnmüllerei sofort abgeschafft, daß weiters die Importe aus Rumänien eventuell auf dem Landwege realisiert werden und schließlich Ungarn mit allen Mitteln zur Getreide- beziehungsweise Mehlanlieferung an Oesterreich verhalten werde. — Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die Kürzung der Mehlsquote, falls sie unvermeidlich ist, auch bei den Selbstversorgern zur Anwendung gebracht und daß für die Bevölkerung der Gesamtmonarchie einheitlich die gleiche Kopfquote an Brot und Mehl festgesetzt werde. — Die Regierung wird schließlich aufgefordert, zur Deckung des Entfalles an Verschleißmehl Ersatzmittel, wie Rollgerste, Teigwaren, Hirse, eventuell Sauertraut und Dörrgemüse zur Verfügung zu stellen.“

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die am 16. Jänner 1918 begonnene Ausstandsbewegung der Wiener Arbeiter und Ersuchen an die sozialdemokratischen Gemeinderäte, ihren Einfluß dahin geltend zu

machen, daß der Streik nicht auf die städtischen Verkehrsinstitute, das Elektrizitätswerk und Gaswerk übergreife.

Genehmigung eines Offertes auf Ankauf von 15 Waggons getrockneter Zuckerrüben als Pferdefutter zum Preise von 300 K pro Meterzentner. (Referent Vize-Bürgermeister Rain.)

89. Obmänner-Konferenz vom 26. Jänner 1918.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. (Mitteilung des Arbeitsministers in der am 16. Jänner stattgehabten Sitzung in Angelegenheit der Ergreifung weiterer Sparmaßnahmen im Gaskonsum, daß die Kohlenerzeugung gegenüber dem Jahre 1913 von 44 auf 38½ Millionen Tonnen, die Einfuhr von 13 auf 7 Millionen gesunken sei, daher ein Ausfall von 12 Millionen Tonnen gegenüber dem Jahre 1913, der Bahnbedarf sei von 24.000 auf 35.000 t pro Tag gestiegen. Die Kohlengewinnung gehe erschreckend zurück. Es sei nicht einmal möglich, den Bedarf der Bahnen, der Schifffahrt, der Marine, der Kriegsindustrien usw. zu decken. Besserung derzeit unmöglich. Zweck der Sitzung, Maßnahmen zur Einschränkung des Gasverbrauches zu finden. Vorschlag der Regierung: Geschäftssperre um 5 Uhr oder von 1 bis 4 Uhr nachmittags; Durcharbeiten bis 5 Uhr nachmittags; Erklärung der Gaswerksdirektion, daß diese Maßnahmen keinen Effekt haben. Ergebnis der Sitzung gleich Null. Hinweis der Direktion auf die Möglichkeit der vollen Belieferung der Gaswerke bei Kürzung der Kokereien. Kürzung der Kokereien um 40%, neuerlicher Auftrag des Arbeitsministeriums, voll zu beliefern. Einlangen von bloß 80% des Kontingentes, Streik im Ostrau-Karwiner Revier, Auftrag des Arbeitsministers, bei den Gruben lagernde Kohlen den Gaswerken zu senden, Arbeitermangel, Bemühungen des Arbeitsministeriums, größere Sendungen aus Oberschlesien für das Gaswerk zu erhalten. Einlangen von drei Zügen Kohle, jedoch für die Gaszerzeugung wenig geeignet; im Falle des Einlangens der vom Arbeitsministerium zugesagten vollen Monatsmenge keine Gefahr für die Gasversorgung des laufenden Winters, große Gefahr für den kommenden Winter, da unmöglich im Sommer Vorrat für den Bedarf des Winters zu decken ist.)

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Keine Besserung der Zufuhr, Ersuchen des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an den Eisenbahnminister um reichlichere Wagenbeistellung zur Hebung der Zufuhr inländischer Kohle, Zusage auf Beistellung von Kassierungswagen für die Zufuhr von Braunkohlen. Beistellung von täglich 50 Kassierungswagen seitens des Eisenbahnministeriums für den Bedarf der Gemeinde. Ermächtigung des Kohlenversorgungsinspektors in Teplitz seitens des Arbeitsministers, 50.000 t Depotkohle auf dem Komotau-Brüx-Teplitzer Revier für die Gemeinde Wien anzufordern. Einlangen der ersten Waggons am 25. Jänner, Zufuhr oberschlesischer Kohle andauernd schlecht. Besserung der Belieferung des Kleinkohlenhandels. Telegraphisches Ersuchen des Arbeitsministers an den Reichskohlenkommissär in Berlin, die oberschlesischen Kohlenfirmen zu verhalten, mit Rücksicht auf den Ernst der Lage, Wien voll und sofort zu beliefern. Eingabe des Magistrates an das Kriegsministerium um Beistellung von Automobilen zur Beförderung der Kohle zu den Kleinkohlenhändlern, Beistellung von 50 Auto-

mobilen seitens des Kriegsministeriums. Die Beistellung der Kaffierungs-
wagen, die zugejagte Besserung der ober-schlesischen Zufuhren und die
Beistellung der Automobile lassen etwas günstigere Kohlenversorgung
erhoffen.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien.
(Zum Kartoffelbezug in Wien 1,900.000 Personen angemeldet. Derzeitige
Vorräte der Gemeinde: In der Miete Klein-Schwechat 1334 Waggons,
in der Miete Stadlau 618 Waggons, zusammen 1952 Waggons. Derzeitiger
Schwund $3\frac{1}{2}\%$ pro eingemietetem Wagen. Gesamtschwund muß mit
mindestens 10% berechnet werden, jolm verbleibt nach Abzug von 195
Waggons als Gesamtschwund die Summe von 1757 Waggons. In den
Kriegsleistungsbetrieben befinden sich zirka 135 Waggons, in den städtischen
Lagern 15 Waggons. Deckung des Wiener Bedarfes seit der 2. Jänner-
woche ausschließlich aus den beiden Mieten. Derzeitige Wochenausgabe
bei der $1\frac{1}{2}$ kg-Quote 302 Waggons, daher Bedarf der Wiener Bevölkerung
gedeckt, vorausgesetzt, daß bei der Ausmietung infolge strengen Frostes
sich nicht größere Verluste ergeben. Aufforderung des Magistrates an das
Volksernährungsamt, den Beginn der Neuanlieferungen für Ende Februar
1918 ins Auge zu fassen, um Stockung in der Kartoffelversorgung zu
vermeiden. Erhöhung der Kartoffelquote unmöglich, da bei einer bloßen
Erhöhung auf 2 kg die Vorräte bereits Ende Februar erschöpft wären.
In der Kartoffeltrocknungsanlage wurden 64 Waggons Kartoffel auf
Grieß verarbeitet, Vorräte der Gemeinde an Kartoffelgrieß rund
14 Waggons.)

Magistratsbericht über die Holzversorgung der Stadt Wien. (Sicher-
stellung des Bedarfes der Bevölkerung für die nächste Zukunft durch
zahlreiche Holzankäufe. Schaffung eines Permanenzkomitees zur Ver-
sorgung Wiens mit Holz im Ackerbauministerium, bestehend aus Vertretern
dieses Ministeriums, der Statthalterei und des Magistrates. Die Aktion
in Niederösterreich teilt sich in eine bezüglich der Auwälder und in eine
bezüglich der Hochwälder. Verhandlungen mit verschiedenen Stiften
und Gutsverwaltungen bezüglich des Auholzes. Schwierigkeiten bei
der Abfuhr wegen Mangels an Fuhrwerk und Personal. Scheitern des
Abschlusses mit anderen Auwaldbesitzern, da die Bringung des Holzes
auf die größten Schwierigkeiten stößt. Verhandlungen bezüglich der Hoch-
wälder im niederösterreichischen Waldviertel. Beistellung von 700 Mann
seitens des Kriegsministeriums zur Schlägerung. Unterbrechung der Aktion
infolge Abberufung der Arbeiter. Vertragsabschlüsse auf weiches Brennholz
aus Russisch-Polen. Nach langwierigen Verhandlungen Freigabe der
Ausfuhr von 15 Waggons Brennholz. Erklärung der Händler, als nun
die Verträge realisiert werden sollten, daß sie das Holz nicht mehr haben oder
sie seien nicht mehr an den Vertrag gebunden. Im ganzen bisher 100 Waggons
nach Wien geliefert. Bezug von Holz aus Ungarn gescheitert, Gesamtvorrat
an Brennholz in Wien 30.541 Raummeter, 22.000 Raummeter in den
Wäldern geschlägert. Durch Vereinbarungen sichergestellt 300.000 Raum-
meter. Bevorstehende Abgabe des Holzes. Abgabe von Holz an die
Approvisionierungsgewerbe bereits erfolgt. Im ganzen wurden abgegeben
1.578.000 Raummeter. Abgabe des Holzes an die Bevölkerung unter
Heranziehung des legitimen Handels. Übernahme des Holzes durch die
Großhändler zu festen Preisen. Abgabe seitens dieser an die Kleinhändler zu
bestimmten Preisen und Abgabe seitens der Kleinhändler an die Konsu-
menten zu bestimmten Preisen. Abgabe eines bestimmten Quantum,
vielleicht 3 kg, auf Grund der Einkaufskarten. Bisher keine nennenswerte
Brennholznot, da außer der Gemeinde auch die Händler noch versorgt sind.)

Beschwerde der Gemeinderäte v. Steiner und Dr. v. Schwarz-Hiller über die außerordentlich hohen, durch keine Produktionskosten gerechtfertigten Preise des ab Stamm gekauften Holzes und Feststellung, daß in dieser Richtung der Konsument der Willkür der Waldbesitzer ohne jeden behördlichen Schutz preisgegeben sei.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, der Magistrat möge der Sicherstellung von Bauholz für das nach Kriegsende zu erwartende Wiederaufleben der Bautätigkeit ein erhöhtes Augenmerk zuwenden.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, die Frage der Holzversorgung im Gemeinderate zur Diskussion zu stellen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, der Obmänner-Konferenz einen Vorschlag zu unterbreiten, nach welchem aus Gemeindemitteln eine Differenz auf den Holzpreis daraufgezahlt werden solle, um der Bevölkerung Brennholz zu einem billigen Preis abgeben zu können.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, die Regierung und das Generalkommissariat für Kriegs- und Übergangswirtschaft schon jetzt auf den künftigen Bauholzbedarf aufmerksam zu machen.

Anregung des Gemeinderates Reumann, von der Kommission für Kriegs- und Übergangswirtschaft schon jetzt die Sicherstellung von Bauholz für die künftige Bauperiode zu fordern.

Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die Frage der Holzversorgung erst dann im Gemeinderate zu behandeln, wenn demselben die Anträge über die Wohnungsfürsorge vorgelegt werden. (Zustimmung.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Kürzung der Mehlquote auf die Hälfte durch Verordnung des Volksernährungsamtes. Seit 16. Jänner bedeutende Stockung der Mehlezuschübe. Brotversorgung nur dadurch gesichert, daß am 25. Jänner 1918 die ersten 26 Waggons deutschen Mehles einlangten. Forderung beim Generalmajor v. Landwehr nach Beschleunigung der Sendungen aus Ungarn. Bei anhaltendem Zuschub des deutschen Mehles ist die Brotversorgung für die nächste Woche gesichert. Sehr gute Qualität des deutschen Mehles.)

Genehmigung der Abänderung des Vertrages mit der Gutsverwaltung Sachseingang über die Einstellung von Rüben.

Genehmigung des mit der Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie abzuschließenden Vertrages, betreffend die Einrichtung einer neuen Abmelkwirtschaft auf Gut Rothensee.

Genehmigung des Ankaufes von Melkkühen der Zuckerfabrik in Ungarisch-Gradiß und des Abschlusses eines Milchlieferungsvertrages mit derselben.

Genehmigung des Angebotes der Allgemeinen Österreichischen Viehverwertungsgesellschaft auf Lieferung von Fettschweinen aus der Schweinemastanstalt in Magyretény.

Genehmigung des Projektes beziehungsweise des Vertragsentwurfes für die Errichtung einer großen Schweinemastanlage auf Gut Pernhofen. (Jahresproduktion 5000 bis 8000 Fettschweine.)

90. Obmänner-Konferenz vom 6. Februar 1918.

Bericht der Bauamtsdirektion über den Ankauf der Liegenschaft „Bellevue“. (147.507 m² Wiesen, Biergarten und Waldbestand. Erwerbung

der Liegenschaft für die Gemeinde vom größten Vorteil. Anbot der Länderebank auf Verkauf an die Gemeinde um den Preis von 700.000 K = K 4.73 pro Quadratmeter. Die Hälfte der Fläche könnte für den Wald- und Wiesen- gürtel freigelassen, der Rest von zirka 75.000 m² für Verbauungszwecke benützt werden. Eventuelle Errichtung eines Waisenhauses und von Erholungsheimen. Antrag: Erwerbung der Liegenschaft um den Höchst- betrag von 700.000 K.)

Genehmigung des Ankaufes der Liegenschaft „Bellevue“ um den Höchstpreis von 700.000 K.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. (Verschlechterung der Versorgung. Seit 11 Tagen beträgt der Einlauf 1300 t statt 2145 t täglich. Ursachen: Nachwirkungen des Streiks und Ausstandes im Ostrau-Karwiner Revier. Der gegenwärtige Vorrat von 24.873 t reicht — wenn kein weiterer Einlauf erfolgen würde — nur für 10 Tage. Vorkehrungen: Vereinbarung mit dem Arbeitsministerium, daß aus Oberschlesien Kohle in größeren Mengen eingeliefert werde. Versuch, den Reichskommissär für die Kohlenverteilung in Berlin zu bewegen, aus Oberschlesien Kohlenmengen aus dem Kontingente in die Gaswerke zu beordern (pro Tag 2570 t). Bei Einlangen dieser Lieferung wäre das Gaswerk gedeckt. Gefahr, daß die jetzt geforderte Kohle sofort durch die Bahnen beansprucht werde. Erklärung des Vertreters des Arbeitsministeriums, daß er sofort den Kohleninspektor in Mähr.-Ostrau beauftragt habe, daß das Wiener Gaswerk unter allen Umständen 1200 t täglich bekomme. Bei dem zugesagten Zuschub von 1200 t aus Ostrau und den unsicheren Lieferungen aus Oberschlesien wäre die Gasversorgung wieder für weitere 20 Tage gesichert.)

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Besserung der Kohlenversorgung des Nordbahnhofes. Der höheren Einfuhr steht geringere Ausfuhr gegenüber. Klage des Großhandels, daß die oberschlesische Zufuhr zu wenig Groborten enthält. Die Belieferung des kleinen Kohlenhandels beträgt nur 80%. Versorgung mit Inlandskohle weit ungünstiger als jene mit oberschlesischer Kohle. An den Großhandel wurden in den drei ersten Jännerwochen geliefert: An Braunkohle 36.3%, an Ostrauer Kohle 27.2% beziehungsweise 24.7%. Die Belieferung betrug von Anfang Jänner bis 2. Februar an Braunkohle 25%, an Steinkohle 23%. Belieferung der städtischen Kohlenlagerplätze bis Ende Jänner andauernd schlecht. Beistellung der Kassierungswagen läßt viel zu wünschen übrig, statt 50 — nicht einmal 20. Zuschrift des Bürgermeisters an den Minister für öffentliche Arbeiten mit Hinweis auf die ungünstige Belieferung und die bedenklichen Folgen. Antwort des Arbeitsministers, daß er alles vorgekehrt habe, um die Zuschübe nach Wien zu steigern. Besserung der Kohlenzufuhr mittels Kassierungswagen, so daß die Lager- plätze Westbahnhof und Ottaring derzeit über genügend Kohle verfügen. Versorgung der Lagerplätze Matzleinsdorf und Ostbahnhof nach wie vor sehr ungünstig. Lagerplatz Matzleinsdorf seit 5 Tagen gesperrt, am Lager- platz Ostbahnhof kann wegen des geringen Einlaufes nur Küchenbrand abgegeben werden. Seitens der Gemeinde und des Arbeitsministeriums wurde alles aufgeboten, um die Kohlenversorgung im Rahmen des Erreich- baren durchzuführen.)

Magistratsbericht über die Errichtung eines städtischen Landwirt- schaftsamtes. (Besorgung aller landwirtschaftlichen Agenden der Gemeinde Wien. Verwaltung der Güter „Kobenzl“ und „Wallhof“ und des Pacht- gutes „Freiberg-Weißenhof“. Betrieb der Milchwirtschaft, Viehzucht und Schweinemast auf „Sachjengang“, „Fernihofen“ und „Rothensee“, land-

wirtschaftliche Ausnützung der „Lobau“ und der städtischen Anbaugründe in „Leopoldau“. Die Überwachung der Schreber- und Gemüsegärten und Erstattung von Gutachten an die Ämter in landwirtschaftlichen Angelegenheiten. Antrag: Errichtung des Landwirtschaftsamtes im Rahmen des von der Magistratsdirektion ausgearbeiteten Elaborates.)

Genehmigung der Errichtung eines städtischen Landwirtschaftsamtes im Rahmen des von der Magistratsdirektion ausgearbeiteten Elaborates und der Betrauung des städtischen Obertierarztes Dr. Stehlik mit der provisorischen Leitung desselben.

Beschwerde des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, betreffend ein Offert des galizischen Differenten Bernstein auf Lieferung von Gemüse.

Magistratsbericht über die Einleitung einer großzügigen Gemüse- und Kartoffelanbau-Aktion im Görzischen und in Teilen des besetzten Venetien. (Dienstreise zur Sicherstellung von Gründen für den Anbau und zur Festlegung der Grundlagen für die Durchführung der Anbauarbeiten. Pachtung von Gründen im Gemeindegebiete von Fara zwischen Görz und Gradiska in der Nähe des Fsonzo (zirka 700 ha). Sicherstellung der Voraussetzung, die den Anbau ermöglicht, der Arbeitskräfte, des Zugviehes, des Düngers und der Gerätschaften. Zusicherung von 800 Kriegsgefangenen zur Arbeit. Sicherstellung von Dampfplügen und des Saatgutes (70 Waggonn Kartoffel, ferner Zwiebel, Kraut und Salat. Schätzung des Ertrages durch Sachverständige auf 1000 bis 1200 Waggonn. Militärische Instradierung der Güter nach Wien. Unterbringung der Kriegsgefangenen in den von den Italienern zurückgelassenen Holzbaracken.)

91. Obmänner-Konferenz vom 5. März 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seinen Auftrag an das Stadtphysikat, im Wirkungskreise der Gemeindeverwaltung sofort alle Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich sind, um den großen sanitären Gefahren, die unter Umständen mit der Rückkehr unserer Soldaten aus der russischen Kriegsgefangenschaft verbunden sind, in wirksamer Weise entgegenzutreten.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Heranziehung der in den Sammelstationen gesammelten Arbeiter zur Kehrriichtabfuhr, um die schwere sanitäre Gefahr, die die Ablagerung des Kehrriichtes in den Straßen bringt, zu beseitigen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, gelegentlich der sachlichen Demobilisierung folgende Objekte in Anspruch zu nehmen: ein Haus in der Hellwagstraße, in der Engerthstraße, in der Fernkorngasse, in der Mariahilferstraße, in der Quellenstraße und in der Rafaelstraße. Weiters folgende drei Lager: Steinklamm, Mitterndorf und Gmünd.

Anregung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller, den Magistrat zu beauftragen, darüber Vorschläge zu erstatten, wie für die nach Wien heimatsberechtigten Soldaten, die hier keine Familie haben, bei ihrer Rückkehr im Falle der Demobilisierung vorzusorgen ist.

Feststellung des Gemeinderates v. Steiner, daß die Vertreter der Obmänner-Konferenz dem jeweiligen Ministerpräsidenten Stürggh, Glam-Marjinic und Dr. v. Seidler rechtzeitig alle Fragen, betreffend

die Vorkehrungen für die Heimkehr der Kriegsgefangenen zur Bekämpfung der Tuberkulose usw. vorgelegt haben.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine beim Kriegsminister erhobene Forderung auf Überlassung der Lastautos an die Gemeinde Wien im Falle der sachlichen Demobilisierung. (Erklärung des Kriegsministers, daß er die Absicht habe, diese Lastautos im Wege der Lizitation zu verteilen.)

Auregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, gegen die seitens des Kriegsministeriums neuerlich erfolgte Requirierung von Hotels in der Leopoldstadt unter Hinweis auf die große Raumverschwendung Stellung zu nehmen.

Magistratsbericht über die Fleischversorgung der Stadt Wien. (Schilderung der staatlichen Organisation der Aufbringung der Rinder sowie jener Schritte, die von der Regierung geplant sind, um eine entsprechende Verteilung des Rindfleischs auf die einzelnen Haushaltungen herbeizuführen und vor allem die doppelte oder mehrfache Belieferung gewisser privater Haushaltungen mit Rindfleisch in Zukunft unmöglich zu machen. Einführung des Fleischeinkaufsscheines.)

Stellungnahme des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller gegen die geplante Einführung des Fleischeinkaufsscheines und Forderung nach der Fleischkarte.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Wochenbedarf der 1½ kg-Quote = 295 Waggons. Versorgung bis 9. März gesichert. Bekanntgabe der zahlreichen und ununterbrochenen Schritte, die der Magistrat bereits seit 24. Jänner bei allen in Frage kommenden Stellen unternommen hat unter Hinweis auf die am 9. März eintretende Erschöpfung der Vorräte. Einsetzung der Zufuhren erst in den letzten 2 Tagen, nach dem über den ganzen Winter andauernden völligen Stillstand derselben. Aussicht, daß bei Fortdauer der regelmäßigen Zuschübe in der Versorgung der Bevölkerung mit der 1 kg-Quote eine Stockung vermieden werden könne.)

Magistratsbericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Saatkartoffeln. (Bereits vor Weihnachten Forderung an das Ernährungsamt, der Gemeinde heuer größere Mengen zur Verfügung zu stellen. Zuweisung von 1750 Waggons an die Gemeinde, der es anheimgestellt wurde, die nötigen Schritte zur Aufbringung zu machen. Nach bisherigen Nachrichten dürfte die Aufbringung von 1000 Waggons Saatkartoffeln möglich sein.)

Magistratsbericht über die Mehversorgung der Stadt Wien. (Beginn der Zuschübe von deutschem Mehl am 26. Jänner 1918. Von den 450 eingelangten Waggons mußte die Kriegsgetreideverkehrsanstalt fallweise kleinere Mengen abgeben. Neuerliche Verhandlungen mit Deutschland um Mehlaufschübe. Erfolg: Aushilfe für das Militär. Am 1. Februar zum erstenmal wieder Mais im Brot (40%). Völliger Mangel an Edelmehl, Vermahlung des gesamten Bestandes an Roggerste durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt. Erschöpfung der deutschen Mehlaufschübe am 8. Februar. Verhandlung mit dem ungarischen Ernährungspräsidenten und Ackerbauministerium. Ergebnis: daß Ungarn Österreich verständnisvoll unterstützen wolle. Verordnung des Ernährungsamtes vom 10. Februar 1918, welche die Ausbeute bei der Broterzeugung wesentlich vergrößert. Herabsetzung des für einen Laib Brot zu verwendenden Mehles von 630 g auf 600 g. Restringierung der Mehlaufweisungen an die Gemeinde von 92 Waggons auf 87 Waggons. Maisbeimischung in der letzten Woche bis zu 90%. Hoffnung auf eine Besserung des Mischungsverhältnisses für

Brotmehl, da die Aussicht bestehe, rumänisches Mehl zu erhalten. Hoffnung auf die Getreideeinfuhr aus der Ukraine. Herabsetzung der Mehlsquote in Ungarn für den Monat auf 6 kg 60 dkg. Nach Zeitungsmeldungen beträgt der Maismehlzusatz zum Brot in Ungarn 25%, davon ist Budapest ausdrücklich ausgenommen. Als Kochmehl wurde in der letzten Zeit $\frac{1}{8}$ kg Mehl und $\frac{1}{8}$ kg Maismehl pro Kopf und Woche abgegeben.)

Magistratsbericht über die Pachtung des Gutes „Deutsch-Altenburg“ und den Ankauf des lebenden und toten Inventars dieses Gutes. (Anbot der österreichischen Zuckerindustrie-Aktiengesellschaft in Wien und Bruck a. d. Leitha auf Pachtung des von ihr pachtweise geführten Wirtschaftsbetriebes in Deutsch-Altenburg und Kauf des lebenden und toten Inventars. 300 Joch Äcker und Wiesen, Pachtzins 38 K pro Joch. Dauer der Pachtzeit 9 Jahre. Gründe mittelgut. 67 Joch mit Korn bebaut, 25 Joch für den Anbau hergerichtet. Für Milchgewinnungszwecke sehr gut geeignet. Maschinen und landwirtschaftliche Geräte reichlich und im guten Zustande vorhanden. 40 Milchkühe, 17 Kalbinnen, 1 Stier, 7 Saugfäler, 13 Wirtschaftspferde. Sofortige Pachtübernahme möglich. Antrag: Eintritt in den Pachtvertrag und Kauf des lebenden und toten Inventars um den Gesamtbetrag von 135.189 K 54 h.)

Genehmigung der Pachtung des Gutes „Deutsch-Altenburg“ und des Kaufes des lebenden und toten Inventars um den Kaufpreis von 135.189 K 54 h.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, gegen die Einberufung der bei den Musterungen für ungeeignet Befundenen zum Landsturm dienste ohne Waffe als Ordonanzen Vorstellung zu erheben.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, bezüglich der Novelle zum bürgerlichen Gesetzbuche, mit welcher die im § 1486 festgelegte Verjährungsfrist auf 3 Jahre herabgesetzt wurde, beim Justizminister vorstellig zu werden, damit eine Gesetzesvorlage eingebracht werde, die dem Kriegszustand Rechnung trägt.

92. Obmänner-Konferenz vom 29. März 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über das Ergebnis einer unter dem Vorsitze des Ministers des Innern stattgehabten Besprechung in Angelegenheit der Disposition über die aus Anlaß des Krieges errichteten Barackenlager. (Die Zivilverwaltung überläßt das ganze Lager in Gmünd der Militärverwaltung, wofür letztere die Kriegsspitäler I und II für die Spitalsbedürfnisse der Gemeinde Wien überläßt. Von der Zivilverwaltung wird das Lager in Steinflamm für die Tuberkulosenfürsorge, die Lager in Oberhollabrunn, Mistelbach und Aspau bei Mistelbach für die Kinderfürsorge und die Lager in Pottendorf, Bruck a. d. L. und Mitterndorf in Gemeinschaft mit Wiener-Neustadt im Interesse der Wohnungsfürsorge der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt. Anforderung auf Überlassung der in Wien aus Anlaß des Flüchtlingsaufenthaltes eingerichteten kulturellen Vorkehrungen für Kinderfürsorge usw.)

Ermächtigung des Bürgermeisters wegen Überlassung der aus Anlaß des Krieges errichteten Barackenlager in Österreich weitere Verhandlungen zu führen.

Magistratsbericht über den Ankauf von Milchkühen (bisher freihändiger Einkauf in Oberösterreich, Tirol und Vorarlberg, nunmehr große

Schwierigkeiten, Ausfuhrbewilligungen nicht zu erhalten. Mit Rücksicht auf das fortschreitende Sinken der Milchlieferung [145.000 Liter Tageseinkauf gegenüber 900.000 Liter im Frieden] Selbsthilfe nötig. Ausweg: Ankauf in der Schweiz. Große valutarische Schwierigkeiten. Zustimmung des Finanzministeriums zum Abschlusse eines Kreditübereinkommens in der Schweiz bis zu 1 Million Franks. Anbot der Kantonalbank von Bern, im Wege der Länderbank der Gemeinde einen Kredit bis zur Höhe von 1 Million Franks zur Verfügung zu stellen. Preis der Rinder verhältnismäßig hoch, Kühe pro Stück zirka K 3200 —. Abjcht der Gemeinde, die Kühe ausschließlich in eigener Wirtschaft zu verwenden. Antrag: Prinzipielle Genehmigung des Ankaufes und des Abschlusses des Kreditübereinkommens. Beschluß: Konform dem Antrage.)

Magistratsbericht über die Fleischversorgung der Stadt Wien. (Infolge des Entfalles der nordischen Bezüge Fleischnot. Vereinbarung der Regierung mit Ungarn und den Kronländern, größere Kontingente für Wien aufzubringen. Schon in der Woche ab 3. März zeigte sich, daß weder Ungarn noch die Kronländer ihre Verpflichtungen erfüllen. Vorfstellung des Bürgermeisters bei der Regierung. Besprechung bei Exzellenz von Landwehr. Leichte Besserung der Anlieferungen. Große Verteilungsschwierigkeiten. Reduzierung des von den Gasthäusern angemeldeten Bedarfes von 240.000 kg Fleisch auf 95.000 kg. Der normale Bedarf Wiens pro Monat beträgt 1,522.000 kg. Bei voller Belieferung der österreichischen und ungarischen Kontingente würden 1,292.000 kg für den freien Verkehr übrigbleiben.)

Magistratsbericht über die Regelung des Fleischbezuges. (Mit Neuregelung große Unzukömmlichkeiten. Anstellungen vor den Geschäften. Einkauf von zwei und mehr Mitgliedern einer Familie, Schleichhandel. Kontrolllosigkeit der Verkäufer. Neue Regelung: Weißer Einkaufschein begründet Anspruch auf Einheits- und Extremsfleisch, zirka 1,200.000 Personen. Ab 8. April werden gegen Abtrennung eines Abschnittes des weißen amtlichen Einkaufscheines 20 kg Rindfleisch pro Kopf und Woche abgegeben. Hierdurch wird dem Doppelbezuge ein Ende bereitet, der Schleichhandel eingedämmt und die außerhalb Wiens Wohnenden vom Rindfleischbezug in Wien ausgeschlossen. Die Rahonierung der Kunden wird sofort nach Durchführung der zentralen Schlachtung erfolgen, wenn die Belieferung der einzelnen Verkaufsstellen gewährleistet ist, was im Monate Mai zu erwarten ist.)

Beschwerde des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, daß Anstalten von den ihnen zugewiesenen Fleischhauern in der letzten Woche kein Fleisch erhielten, trotzdem die Fleischhauer mit Rücksicht auf diese Zuweisungen beliefert wurden.

Beschwerde des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller darüber, daß die Gastwirte in ganz Wien noch bevor die Neuregelung des Fleischbezuges durchgeführt wurde, mit den Fleischpreisen in die Höhe gingen.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Einlauf vom 1. bis 28. März 1364 Waggons. Einlauf aus Niederösterreich, Böhmen und Mähren in Abnahme, Einlauf aus Polen steigend. Schlechtere Qualität der polnischen Kartoffel. Zusicherung der Regierung, daß Wien für die nächsten Frühjahrsmonate noch auf ungefähr 2000 Waggons rechnen könne. Sogar die 1 kg-Quote bis anfangs Juni gesichert.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, mit Rücksicht auf die nach seiner Meinung bestehende Möglichkeit, die Regierung aufzufordern, die Belieferung der Stadt Wien mit Kartoffeln in einer solchen Höhe durchzuführen, daß die 1½ kg-Quote beibehalten werden könne.

Magistratsbericht über die Obst- und Gemüseversorgung der Stadt Wien. (Im Vorjahre durch die Geos, durch das von ihr gegründete Syndikat und durch die Gemeinde. Große Unzufriedenheit. Verhandlungen mit den Händlern, Vertretern der Gremien führten zu dem Ergebnis, daß zur Versorgung der Gemeinde Wien mit Gemüse und Obst in der künftigen Campagne eine Gesellschaft gebildet werden solle, an der die Gemeinde und die Händler teilnehmen. Gleichmäßige Verteilung garantiert. Beteiligung der Gemeinde mit einem größeren Kapital. Amt für Volksernährung der neuen Gründung geneigt.)

Prinzipielle Genehmigung der finanziellen Beteiligung der Gemeinde Wien an der Gründung einer Gesellschaft zur Versorgung der Stadt Wien mit Obst und Gemüse und Ermächtigung zur Fortsetzung der Verhandlungen.

Magistratsbericht über die Lebensmittelversorgung der Stadt Wien im allgemeinen. (Kürzung der normalen Fettquote im Herbst 1917 von 120g auf 60g und dann auf 30g, daneben 30g Margarine. Seit 3 Wochen neuerliche Kürzung auf 40g Butter oder auf 40g Margarine. Ausländische Butterbezüge zu Ende. Fehlen von Ölprodukten. Seit Zentralisierung des Schweineimportes aus Ungarn kein Schweinefett aus Ungarn. Kürzung der Butterquote von $1\frac{1}{4}$ kg auf 1 kg und schließlich auf $\frac{3}{4}$ kg. Verschlechterung der Kaffee Mischung. Fortschreitendes Sinken des Milcheinlaufes. Keine Möglichkeit, Milchkonserven aus dem Ausland zu beziehen. Lage des Eiermarktes kläglich.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Keine wesentliche Änderung seit November 1917. Es wird von der Hand in den Mund gelebt. Versagen der Maiszuschübe aus Rumänien. Die täglichen Anlieferungen an inländischem Getreide betragen noch 170 Waggons. Auch die inländische Aufbringung wird in den nächsten Wochen zum Stillstand kommen. Keine Hoffnung auf Erhöhung der gekürzten Kochmehlquote in der nächsten Zeit. Hoffnung auf die Bezüge aus der Ukraine. Energische Schritte bei der österreichischen Regierung nötig.)

Genehmigung des Vorschlages des Bürgermeisters, eine Denkschrift über die gegenwärtige Approximierungslage der Stadt Wien zu verfassen und dieselbe deputativ dem Ministerpräsidenten und dem Minister des Außern Grafen Czernin zu überreichen.

93. Obmänner-Konferenz vom 17. April 1918.

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über die Bewilligung eines einmaligen Anschaffungsbeitrages an die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen. (Bisher wurden gegeben Kriegszulagen und Anschaffungsbeiträge: Die erste Kriegszulage vom 1. Mai 1915 bis zu einem Maximalbezug von 3000 K, weitere Kriegszulagen am 1. April 1916, am 1. Jänner 1917, 1. Juli 1917 und 1. Jänner 1918. Anschaffungsbeiträge Ende Juni 1917 und Ende Dezember 1917. Die Kriegszulage für die Straßenbahnen beträgt jährlich rund 12.8 Millionen Kronen, für die Pensionisten 1.6 Millionen Kronen; die Kosten des letzten Anschaffungsbeitrages 4.2 Millionen Kronen, für die Pensionisten 340.000 K. Besondere Zuwendungen an die Unterbeamten, Bediensteten und Arbeiter ab 1. Juni 1917. Erhöhung der Fahrtzulage für die Wagenführer ab 15. Februar 1917 um 40 h täglich. Erhöhung der Überstundenjäße um 50% ab 1. November

1916. Einrichtung von Kaffee- und Suppenküchen, finanzielle Zubußen bei der Lebensmittelausgabe. Bisherige finanzielle Deckung durch die Erhöhung der Straßenbahntarife. Weitere Zuwendungen aus eigenen Mitteln nicht mehr möglich, da das Präliminare für das nächste Geschäftsjahr einen Abgang gegenüber den notwendigen Bedürfnissen von 7.5 Millionen Kronen ergibt. Die Kriegsauslagen des Unternehmens betragen im nächsten Jahre 1918/19 rund 25 Millionen Kronen. Wünsche der Straßenbahnangestellten: 1. Verbesserung der Lebensmittelausgabe und Ausdehnung auf Kleider und Wäsche, 2. Doppelverrechnung der Kriegsjahre, 3. 30jährige Dienstzeit, 4. einmaliger Anschaffungsbeitrag, 5. 50% ige Erhöhung des Gehaltes oder Lohnes für die Beamten und Unterbeamten und Hauptwerkstättenarbeiter, 6. Erhöhung der Quartiergelder, 7. Erhöhung der bisherigen Kriegszulagen um 50%, 8. Erhöhung der Überstundenentlohnung. Antrag der Direktion: Den einmaligen Anschaffungsbeitrag zu beschließen, die Erhöhung der Kriegszulagen und alle definitiven Lohnregulierungen zu vertagen.) [Zustimmung.]

Magistratsbericht über die Bewilligung eines einmaligen Anschaffungsbeitrages für die städtischen Beamten und Angestellten. (Gleiches Ausmaß wie im Dezember 1917; Ausscheidung der Fingerrückten und bloße Bewilligung eines bestimmten Betrages für jedes Kind. Ausscheidung der Lehrer. Nur jene Aktiven erhalten diese Zuwendung, die am 1. Jänner 1918 bereits im städtischen Dienste standen. Kosten 8.5 bis 9 Millionen Kronen. Bedeckung aus dem 80 Millionen Kronen-Anlehen. Kosten für die Bediensteten des Elektrizitätswerkes zirka 780.000 K, des Gaswerkes zirka 890.000 K.) [Zustimmung.]

Bericht der Direktion des städtischen Wirtschaftsamttes über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Dzedizher Montan-Gewerkschaft. (Vereiterklärung der Depositenbank, die Dzedizher Montan-Gewerkschaft in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, von welcher die Gemeinde Wien 60% der Aktien erwirbt. Einsetzung eines Stadtratskomitees zur Überprüfung der Angelegenheit. Durch das Komitee wurde der geforderte Übernahmepreis von 24 auf 20 und schließlich auf 19.5 Millionen Kronen herabgesetzt. Sachverständige Gutachten erklären den geforderten Betrag für angemessen und sprechen die Ansicht aus, daß ein anderes Objekt zu günstigeren Bedingungen kaum zu erwerben sei. Beschluß des Komitees vom 12. April 1918, dem Stadt- und Gemeinderate die Beteiligung an der zu gründenden Aktiengesellschaft zu empfehlen.)

Vertagung der Beschlufsfassung über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der Dzedizher Montan-Gewerkschaft zum Zwecke der Berichterstattung der Klubobmänner in ihren Parteiklubs.

Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke in Angelegenheit der eventuellen Erwirkung eines Verbotes der Raumheizung mit Gas. (Besserung der Zuschübe. Seit 14 Tagen wird das angelieferte Kohlenquantum tatsächlich geliefert. Ungefähr gleicher Stand wie im Vorjahr zur selben Zeit, nämlich 26.000 Tonnen. Voraussichtlich in den nächsten Wochen der gleiche Einlauf. Günstige Versorgung der Schamottefabrik in den letzten 14 Tagen, so daß anzunehmen ist, daß die feuerfesten Baustoffe zur Durchführung der Instandsetzungsarbeiten rechtzeitig geliefert werden. Antrag: Ermächtigung, an das Ministerium für öffentliche Arbeiten eine Zuschrift mit der Erklärung zu richten, daß für den kommenden Winter das behördliche Verbot der Raumheizung mit Gas nur dann vermieden werden könne, wenn die städtischen Gaswerke und die für das Gaswerk arbeitende Schamottefabrik die zugesprochenen Kohlen auch tatsächlich erhalten.) [Zustimmung.]

94. Obmänner-Konferenz vom 14. Mai 1918.

Beschwerde des Gemeinderates Skaret über die Verwendung von Szitok in den Kriegsküchen.

Kenntnisnahme eines Berichtes des Vize-Bürgermeisters Hof über das Übereinkommen zwischen der Gemeinde Wien und der Donauregulierungs-Kommission wegen Überlassung von der Donauregulierungs-Kommission gehörigen Gründen im II. und XX. Bezirke für Approvisionierungszwecke, für Zwecke der Erbauung von Straßenbahnbediensteten-Wohnhäusern usw. sowie Überlassung von Gründen zwischen Handelskai, Wehlstraße und Engerthstraße an Hans Leinkauf.

Erklärung des Gemeinderates von Steiner, daß er in der Gemeinde-ratsdebatte über den ungarischen Ausgleich die Mitteilung machen werde, daß in dem provisorischen Übereinkommen mit Ungarn der Schweinezoll von K 10.— auf K 35.— erhöht und der Zoll für Ochsen verdoppelt worden sei.

Kenntnisnahme eines Berichtes des Gemeinderates Schmid über das Übereinkommen mit der Staatsverwaltung wegen Errichtung von Laboratorien der technischen Hochschule.

95. Obmänner-Konferenz vom 7. Juni 1918.

Bericht des Stadtphysikates über Hundswuterkrankung (Lyssa). (Seit 1. Jänner 124 Fälle von Hundswut gegenüber 1 Falle im Jahre 1911. In den ersten 5 Monaten 1918 wurden 440 Personen von Hunden gebissen, darunter 25 Personen, bei denen Hundswut festgestellt wurde. Bei der Mehrzahl Lyssa-Schutzimpfung durchgeführt. Zur Verhinderung der Weiterverbreitung schärfste Schutzmaßregeln notwendig. Vermehrte Streifungen des Wasenmeisters und Einführung des Leinenzwanges.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß in der nächsten Woche eine Magistratskundmachung erscheinen werde, die die Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Weiterverbreitung der Lyssa-Erkrankungen enthält und daß an die maßgebenden militärischen Stellen das Ersuchen gerichtet werden wird, die Anmeldepflicht für Hunde, die von Militärpersonen vorübergehend nach Wien gebracht werden, festzusetzen.

Zuschrift des Gemeinderates Goltz, in welcher derselbe als Obmann der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates mitteilt, daß er nach einem Beschlusse der Vereinigung sich nur an solchen Obmänner-Konferenzen beteiligen werde, die sich mit der technischen Vorbereitung der Gemeinderatsitzungen befassen, es jedoch ablehnt, an sachlichen Beratungen teilzunehmen.

Zuschrift des Gemeinderates Goltz, in welcher derselbe als Obmann der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates erklärt, an den Obmännerkonferenzen nicht teilnehmen zu können, da sein Verband dieselbe mit Rücksicht auf die Tagung des Gemeinderates für überflüssig hält.

Anregung des Gemeinderates Reumann, bei der Budgetberatung im Gemeinderate von einer Generaldebatte abzugehen und die Debatte über die einzelnen Gruppen zu führen, die als General- und Spezialdebatte zu gelten habe.

Bewilligung eines Anschaffungsbeitrages für die Lehrer im gleichen Ausmaße wie für die Gemeindeangestellten.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er für den 21. Juni 1918 die Wahl von 15 erledigten Stadtratsmandaten in einer Gemeinderatssitzung anordnen werde.

Magistratsbericht über die probeweise Aufstellung von schwedischen Holzhäusern in Wien zur Bekämpfung der Wohnungsnot. (Zustimmung zur probeweisen Aufstellung von 6 Typen der schwedischen Holzhäuser auf Gemeindegründen im Wege des Erb-Baurechtes.)

Magistratsbericht über die Sicherstellung von Möbeln. (Offert der Vereinigung für Alpenhotels in Tirol auf die gesamte Einrichtung des Trafoier-Hotels.) [Zustimmung.]

Magistratsbericht über die Durchführung der bevorstehenden von der Regierung angeordneten Abgabe von Metallgegenständen und Türklinen.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die bevorstehende von der Regierung angeordnete Abgabe von Metallgegenständen im Gemeinderate zur Debatte zu stellen.

Magistratsbericht über die Bildung einer Gemüse- und Obst-Übernahmestelle in Wien. (Unter Mitwirkung der Gemeinde Wien hat sich eine gemeinnützige G. m. b. H. zur Versorgung der Stadt Wien mit Obst und Gemüse gebildet, in welcher die Markthändler, die organisierten Kaufleute, die Konservenerzeuger und die Konsumentenorganisationen vertreten sind. An dieser Gesellschaft, die unter Aufsicht des Ernährungsamtes stehen wird, wird sich die Gemeinde mit einem Betrage von 1 Million Kronen beteiligen und ihre Vertreter in die Geschäftsleitung und in den Aufsichtsrat entsenden. Kein Gewinn geplant. Überschuss dient zur Bildung eines Reserdefonds, der bei Auflösung der Gesellschaft dem Ernährungsamte für gemeinnützige Zwecke abgeführt werden muß. Lebensdauer der Gesellschaft beschränkt auf ein Jahr nach Friedensschluß.) [Zustimmung.]

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Vorsprache beim Minister des Äußern und beim Ministerpräsidenten. Ungünstige Mehlsituation reicht zurück bis zum November 1917. Verschärfung in der Woche vom 7. bis 13. April: kein Kochmehl, bloß Haferreis oder Rollgerste. Verordnung vom 19. April 1918, betreffend die Beschlagnahme von Getreide und Mehl der Selbstversorger. Ergebnis: 2500 Waggons. Resolution des Stadtrates vom 25. April: „Der Wiener Stadtrat stellt fest, daß die Wiener Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung trotz der wiederholten Zusage der Regierung nicht nur keinerlei Verbesserung aufweisen, sondern besonders in den letzten Wochen eine geradezu katastrophale Entwicklung genommen haben. Das vollständige Ausbleiben von Kochmehl und die ganz ungenügende Zuteilung von Fett, Milch und Fleisch machen die Befriedigung des notwendigsten Nahrungsbedarfes ganz unmöglich. Angesichts dieses unausweichlichen und unhaltbaren Zustandes richtet der Stadtrat an Seine Erzellenz den Herrn Bürgermeister das Ersuchen, bei der Regierung neuerlich nachdrücklichst die ungefügte Zufuhr von ausreichenden Nahrungsmittelmengen nach Wien zu verlangen.“ Eine auf Grund dieses Stadtratsbeschlusses ausgearbeitete Denkschrift wird dem Ministerpräsidenten, dem Präsidenten des Ernährungsrates, dem Minister des Äußern und dem Armeekorpskommando überreicht. Gleichzeitige Absendung einer Depesche an den Ministerpräsidenten und den Präsidenten des Ernährungsamtes um sofortige Hilfe. Zwei Tage darnach größere ukrainische Zuschüsse. Mitteilung des Präsidenten des Ernährungsamtes am 30. April über die Beschaffung eines größeren Quantums Mais für Wien. Kleine Besserung in der Kochmehlversorgung in der Zeit vom 28. April bis 4. Mai, Möglichkeit, die Hälfte der zugemessenen Ration in Mehl abzugeben. Änderung des bisherigen Brot-

gewichtes von 840 auf 1260 g. Kürzung der Brotquote mit Wirksamkeit vom 16. Juni, von 1950 g auf 1600 g. Schwerste Zeit überstanden. Antrag: Beschlußfassung folgender Resolution: „Aus Anlaß der eben jetzt bei den Regierungsstellen gepflogenen Beratungen über das Getreideregime und die Erfassung der neuen Ernte bekräftigt die Wiener Gemeindeverwaltung neuerlich die wiederholt und mit allem Nachdruck erhobenen Forderungen, betreffend die Sicherung des Mehlbedarfes für den großen Konsumplatz Wien. Die Gemeindeverwaltung verlangt, und zwar für alle Kronländer gleichmäßig, die straffste staatliche Bewirtschaftung und die womöglich sofortige restlose Aufbringung einer ausreichenden Teilmenge, bzw. die planmäßige und lückenlose Sicherung der sonach noch erübrigenden Bestände der kommenden Inlands-ernte; sie fordert die Zuweisung einer eisernen Reserve an Getreide, um gegen eventuelle Transportschwierigkeiten und sonstige Störungen der Versorgung gesichert zu sein. Der Schleichhandel muß mit allen Mitteln unterdrückt, die Mißbräuche in den Lohnmühlen müssen beseitigt werden. Dem Grundsatz einer einheitlichen Ernährungsfront entspricht auch das unbedingte Verlangen nach Festsetzung einer einheitlichen Verbrauchsquote an Brot und Mehl in Deutschland und Osterreich-Ungarn auf Grund einer gemeinsamen einheitlichen Bewirtschaftung der Ernteerträge.“

96. Obmänner-Konferenz vom 15. Juni 1918.

Mitteilung des Gemeinderates Skaret über die Überführung von drei an Flecktyphus erkrankten militärischen Arrestanten aus der Hofbaur-Kaserne ins Spital durch zwei Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Zuschrift der demokratischen Vereinigung des Wiener Gemeinderates, wonach diese Gruppe eine entsprechende Beteiligung an sämtlichen gemeinderätlichen Ausschüssen beansprucht.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über das Ergebnis der Budgetberatung im Magistrate und Stadtrat. (Abgang 61 Millionen Kronen. Deckung: 30 Millionen aus dem Reste des 80 Millionen Kronen-Kriegsanlehens, 14 Millionen aus den Kassenbeständen, 17 Millionen unbedeckt. Erhöhung der städtischen Zuschläge derzeit ausgeschlossen, Zuschläge zur Personal-Einkommensteuer unmöglich, Aufnahme einer Defizitanleihe nicht im Interesse der Gemeinde, daher Tarifregulierung der Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke.)

Vorschläge der Direktion der städtischen Straßenbahnen über die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des Abganges im Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für 1918/19. (Erhöhung des Einheitstarifes von 22 auf 30 Heller; Erhöhung der Kinder- und Frühfahrkarten von 16 auf 20 Heller; Erhöhung der übrigen Einzelfahrtscheine im elektrischen und Dampfbetrieb, sowie der Netz- und Streckenfarten um 20 bis 40%.)

Vorschläge der Direktion der städtischen Gaswerke über die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des Abganges im Hauptvoranschlag der Gemeinde Wien für 1918/19. (Erhöhung des Gaspreises von 20 auf 26 Heller pro m² und der Miete für Automatengasanlagen von 1 K auf 3 K pro Monat.)

Vorschläge der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke über die Erhöhung der Einnahmen des Unternehmens zur teilweisen Deckung des Abganges im Hauptvoranschlage der Gemeinde Wien für 1918/19. (Erhöhung des Preiszuschlages von 17 bzw. 20% für die Abgabe von elektrischem Strom auf 60%.)

Magistratsbericht über die neuerliche Bewilligung von Kriegszuwendungen an die Gemeindeangestellten einschließlich der Lehrpersonen. (Verlängerung der gegenwärtigen Teuerungszulagen für das Verwaltungsjahr 1918/19 und Auszahlung eines abermaligen Anschaffungsbeitrages im Juli d. J. in derselben Höhe wie im Mai.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Diller auf Aufnahme eines neuerlichen, jedoch langfristigen Krieganlehens zur Deckung des Abganges im Hauptvoranschlage der Gemeinde Wien pro 1918/19.

Kenntnisnahme der Vorschläge der Direktoren der städtischen Straßenbahnen, Gaswerke und Elektrizitätswerke auf Erhöhung der Betriebseinnahmen zur Deckung des Abganges im Hauptvoranschlage der Gemeinde Wien für 1918/19.

Magistratsbericht über die Versorgung der Stadt Wien mit Frühkartoffeln (Vereinbarung zwischen der österr.-ungar. und deutschen Regierung: Von der ungarischen Ernte (zirka 6000 Waggons) 3000 Waggons für den Bedarf der ungarischen Bevölkerung, 1800 Waggons für die Armee, 600 Waggons für Österreich und 600 Waggons für Deutschland. Abdirigierung der ersten 29 für Wien bestimmten Waggons seitens des Ernährungsamtes nach Prag. Vorstellung des Bürgermeisters gegen dieses Vorgehen. Nachlassen des Einlaufes an Altkartoffeln. Bedarf der nächsten Woche knapp gedeckt.)

Kenntnisnahme eines informativen Magistratsberichtes über die eventuelle Pachtung der Fideikommissherrschafft Joslowitz in Mähren durch die Gemeinde Wien.

97. Obmänner-Konferenz vom 17. Juni 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die seitens der Regierung am 15. Juni 1918 um 7 Uhr abends erfolgte Verständigung, daß von Montag, den 17. Juni 1918 an die Brotquote um die Hälfte verkürzt werde. (Sofortiger Protest des Bürgermeisters gegenüber den Vertretern des Ernährungsamtes. Vorstellung beim Minister Paul und beim Ministerpräsidenten. Vorschlag des Bürgermeisters: Bericht an den Gemeinderat und eventuelle Abgabe der für den äußersten Notfall bereitgestellten Gemeindevorräte.)

Magistratsbericht über die Kürzung der Brotquote auf die Hälfte ab 17. Juni 1918. (Deutschland ist aus nicht ganz aufgeklärten Ursachen mit der Mehlablieferung im Rückstand. Ernährungsamt und Kriegsgetreideverkehrsanstalt hiervon nicht in Kenntnis. Telegramme an die Deutsche Heeresleitung, Intervention bei der Deutschen Botschaft, Verständigung der Krone. Anerbieten des Ernährungsamtes, der Gemeinde Wien Brotersätze zur Verfügung zu stellen, Speck, Pflaumen, Sauerkraut; diese sind kein Brotersatz. Telegramm an Bürgermeister von Budapest um Bohnen, Telegramm an Ludendorff ins Deutsche Hauptquartier.)

Anregung des Gemeinderates Schmid, an Stelle des Mehles von Deutschland Kartoffeln zu verlangen oder Deutschland aufzufordern, auf die für die Mehllieferung vereinbarte Eierabgabe zu verzichten.

Zustimmung der Obmänner-Konferenz, zur Verfügung des Bürgermeisters einen Bericht über die Kürzung der Brotquote dem Gemeinderate vorzulegen, und bei der ungarischen und deutschen Regierung wegen Mehl-aushilfe vorstellig zu werden.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien (Einlauf der ganzen Woche durchschnittlich 21 Waggons; durchwegs schlechte Qualität, starkes Sinken des Einlaufes in den letzten Tagen, Einlauf am 15. Juni gleich Null. Gesamtvorrat 174 Waggons. $\frac{1}{2}$ kg-Quote für die laufende Woche knapp gedeckt. Keine Reserve für die nächste Woche. Borräusichtliche Möglichkeit, die Ausgabe der Altkartoffeln durch ungarische Frühkartoffeln zu strecken. Da diese für allgemeine Ausgabe nicht ausreichen, Abgabe derselben an die einzelnen Bezirke nach der Lage der Ankunfts-bahnhöfe der Reihe nach. Preis K 1.16 pro Kilogramm.)

Zustimmung zu dem Antrage des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, an den Prinzen Windischgrätz ein Telegramm zu senden, in welchem um Forcierung der für Wien versprochenen Frühkartoffelsendungen ersucht wird. Auftrag des Bürgermeisters an den Magistrat, wegen weiterer Zufendung von Altkartoffeln an die Deutsche Reichsregierung und an den bayerischen Ministerpräsidenten Telegramme abzusenden.

Bericht über die Eierversorgung der Stadt Wien. (Geringe Besserung in dieser Woche zu erwarten, da 3 bis 4 Waggons aus Galizien avisiert wurden. Herausgabe der konservierten Eievorräte der Gemeinde nur für den äußersten Notfall in Aussicht genommen.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein an die Deutsche Regierung das Ersuchen zu richten, auf die für Deutschland bestimmten 600 Waggons Frühkartoffeln zugunsten Österreichs zu verzichten.

Zustimmung, sich an den ungarischen Ernährungsminister, an den bayerischen Ministerpräsidenten, die Deutsche Reichsregierung, sowie an das Ernährungsamt zu wenden, damit weitere, ausreichende Importe von Altkartoffeln, insbesondere aus Bayern erfolgen und die ungarischen Frühkartoffelsendungen nach Österreich forciert werden.

98. Obmänner-Konferenz vom 9. Juli 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Pulverexplosionskatastrophe in der Gumpendorferstraße. (Unentgeltliches Leichenbegängnis für die Opfer der Katastrophe, Dank und vollste Anerkennung für die Wiener Berufsfeuerwehr.)

Mitteilung der Gemeinderäte Dr. Hein und Dr. v. Schwarz-Hiller über Gerüchte von außerordentlich großen Sterbeziffern in Wien. (Hinweis des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner auf die monatlich erscheinenden Berichte des Stadtphysikates.)

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Reise nach Budapest, um dem Bürgermeister Dr. Bondy für die von der Stadt Budapest der Stadt Wien gewidmeten 50 Waggons Mehl den Dank der Stadt Wien zu überbringen.

Beschwerde des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller über die in den Wiener Gasthäusern durchgeführten Lebensmittelrequisitionen und Bitte an den Bürgermeister, mit den Parteiohmännern beim Ernährungsminister gegen diesen Vorgang Vorstellung zu erheben.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er in der Gemeinderatsitzung vom 10. Juli eine Erklärung über die über das Kaiserhaus verbreiteten beleidigenden Gerüchte sowie über die allzustrenge Zensur der Presse abgeben werde.

Kenntnisnahme eines Berichtes des Vize-Bürgermeisters Rain über die Kriegszulagen zu den Funktionsgebühren des Bürgermeisters und der Vize-Bürgermeister sowie über die Zuerkennung von Amtsaufwandsentschädigungen für die Gemeinderäte, Gewährung von Funktionsgebühren für die Bezirksvorsteher-Stellvertreter und Bewilligung von Ruhegehältern für den Bürgermeister, die Vize-Bürgermeister, für die Stadträte und Bezirksvorsteher (siehe Gemeinderatsbericht vom 10. Juli 1918 in Nr. 61 des Amts-Blattes der Stadt Wien vom 30. Juli 1918, Seite 1546).

Anregung des Gemeinderates Reumann, den Schriftführern des Gemeinderates ebenfalls ein Repräsentationsgeld oder eine Funktionsgebühr zu bewilligen.

Genehmigung der Kriegszulagenerhöhung für die städtischen Arbeiter im Verwaltungsjahre 1918/19. (Siehe Gemeinderatsbeschluß vom 10. Juli 1918 in Nr. 61 des Amts-Blattes der Stadt Wien vom 30. Juli 1918, Seite 1539).

Genehmigung der Deckung des Mehrerfordernisses zur Ausgabe-Kubrik XLIX „Militärbequartierung“ per 4,939.860 K.

Genehmigung von baulichen Herstellungen in den Schlachthöfen St. Marx und Meidling anlässlich der Einführung der Zentralschlachtung. (Gemeinderatsbeschluß vom 17. Juli 1918.)

99. Obmänner-Konferenz vom 30. Juli 1918.

Bericht und Vorschläge der Direktion der städtischen Straßenbahnen, betreffend Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen. (Fortwährende Verschlechterung der Betriebsmittel, wöchentlicher Abfall von durchschnittlich 70 Motorwagen. Gegenwärtig nur mehr 780 Motorwagen gegen 1100 im Betriebe. Auf einen weiteren Abfall von 250 Wagen im Winter muß gerechnet werden. Völliger Materialmangel, daher nur unzulängliche Reparaturen. Beschaffung des Materials im Schleichhandel zu enormen Preisen. Große Wagenbestellungen werden von den Fabriken nicht effektiviert. Frequenz im Jahre 1913: 323 Millionen Personen. Jetzt 600 Millionen. Ursachen: keine Stadtbahn, kein Omnibus, kein sonstiges Fuhrwerk, Schuh- und Kleidermangel, Erhöhung der Bevölkerungsziffer durch die Flüchtlinge und das Militär. Enorme Überfüllung der Waggons, daher Überanstrengung des Wagenparks. Die guten Wagenführer sind eingerückt. Geringe Leistungsfähigkeit der Hauptwerkstätte. Vorschläge: Vorzeitiger Betriebschluß am Abend (9 Uhr), Einstellung, Kürzung einzelner Linien. Ersparnis 80 Motorwagen.)

Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, Sr. Majestät eine Denkschrift zu überreichen, in welcher die Notlage der Straßenbahnen geschildert und folgende Bitten gestellt werden: 1. Enthebung des geschulden Personales; 2. Beistellung von Rohmaterial; 3. Präferente Behandlung der Wagonlieferung; 4. Verdichtung des Stadtbahnverkehrs; 5. Verkehr am Donaukanal.

Anregung des Gemeinderates Schmid, die Straßenbahnlinie 13 vorläufig noch nicht einzustellen.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer, die Pressevertreter einzuladen und ihnen Aufklärungen über die notwendigen Einschränkungen im Straßenbahnbetriebe zu erteilen.

Vorschlag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, die von der Direktion der Straßenbahn gestellten Anträge, betreffend Einschränkungen im Betrieb nicht auf einmal, sondern sukzessive durchzuführen.

Protest des Gemeinderates Leitner gegen die Einstellung der Linie von Dornbach nach Neuwaldegg und der Linie zu den Rennplätzen.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Gasversorgung der Stadt Wien im kommenden Winter. (Notdürftige Instandsetzung der Gaswerksanlagen in Simmering und Leopoldsdau infolge wiederholter Betriebseinstellung der Schamottewerke. Trotzdem gleiche Leistung wie im Vorjahre für den Winter zu erhoffen. Schlechte Kohlenversorgung der Gaswerke. 14 Vorstellungen beim Arbeitsminister, keine Antwort. Vorrat nur mehr 40.682 Tonnen gegenüber 83.000 Tonnen im Vorjahre. Beratung im Arbeitsministerium, Standpunkt der Gemeinde: Die unangenehmen Folgen für die Bevölkerung darzustellen, jedoch nicht auf ein Verbot der Gasraumheizung hinzuwirken. Ursache der schlechten Belieferung: geringe Förderung, unzulänglicher Abtransport.

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Kürzung der Brotquote am 16. Juni 1918. Wöchentliche Abgabe von 16.000 bis 20.000 kg Salzspeck aus den Vorräten der Gemeinde bis zur vollen Brotquote. Nach dem 16. Juni Mehlaushiffen seitens Deutschlands 350 Waggons und der Stadt Budapest 50 Waggons. Verstärkung der Massenausspeisung. Einlangen des ersten Waggons deutschen Mehles am 27. Juni, also 11 Tage nach der Brotkürzung. Neue Getreidepreise. Die auf die Hälfte gekürzte Roggmehlquote ($\frac{1}{4}$ kg) wird zur Hälfte ($\frac{1}{8}$ kg) mit Haferreis, Rollgerste und anderen Erbsen honoriert, das zweite Achtel Mehl wurde von der Kriegsgetreideverkehrsanstalt niemals ganz geliefert. Ausgabe des $\frac{1}{8}$ kg Roggmehles nur durch Zuhilfenahme der Budapester Sendung möglich. Bei Beibehaltung der gegenwärtigen Brot- und Mehlpreise würde das Defizit der Kriegsgetreideverkehrsanstalt $1\frac{1}{2}$ Milliarden betragen, daher Erhöhung der Preise um zirka 100 Prozent geplant.)

Mitteilung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Siller, daß die Zahl der Flüchtlinge in Wien derzeit 25.000 betrage.

100. Obmänner-Konferenz vom 9. August 1918.

Dank des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner an die Mitglieder der Obmänner-Konferenz für ihre Mitarbeit anlässlich der 100. Obmänner-Konferenz.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß italienische Flieger am heutigen Tage (9. August) über Wien waren und Flugzettel abgeworfen haben.

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen. (Vorschläge: Vorzeitiger Betriebsschluß am Abend ($\frac{1}{2}$ 10 Uhr), Einstellung und Kürzung einiger Linien.)

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den Verlauf der Audienz bei Sr. Majestät dem Kaiser, in welcher er eine Denkschrift über

die Verhältnisse bei den städtischen Straßenbahnen überreichte. (Folge: Besprechung bei Generalmajor v. Landwehr.)

Anregung des Gemeinderates Reumann, die Betriebs Einschränkung bei den städtischen Straßenbahnen im Gemeinderate zur Debatte zu stellen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, Reizmateriale für Isolierungszwecke bei der städtischen Straßenbahn zu verwenden.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, bei Umsteigstationen der städtischen Straßenbahnen eine Kartenausgabe einzuführen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, das Kartenvorverkaufssystem bei den städtischen Straßenbahnen auszubauen.

Magistratsbericht über die Erhöhung der Mehl- und Brotpreise. (Brotpreis für den Einheitslaib von 1260 g 1 K 56 h) (bisher 72 h). Begründung: Keine Brotpreisregulierung seit 1915, enorme Steigerung der Mehl-, der Löhne, des Brennmaterials usw. 1 kg Verschleißmehl 1 K 76 h, 1 kg Luxusmehl 2 K 80 h.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, einen Protest gegen die Brot- und Mehlpreiserhöhung im Gemeinderate zur Debatte zu stellen.

Magistratsbericht über die herrschende Fleischnot. (Antrag: Die Gefrierfleischbestände der Gemeinde Wien noch nicht herauszugeben, sondern diese letzte Reserve für die Zeit der höchsten Not zurückzubehalten.)

Zustimmung, trotz der herrschenden Fleischnot die Gefrierfleischbestände der Gemeinde Wien noch nicht auszugeben, sondern für die Zeit der höchsten Not zurückzubehalten.

101. Obmänner-Konferenz vom 16. September 1918.

Anregung des Gemeinderates Reumann, in der Gemeinderatssitzung vom 17. September 1918 ex präsidio über die Friedensaktion der österr.-ungar. Regierung eine Enunziation zu verlautbaren.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er in der Gemeinderatssitzung vom 17. September l. J. zu der Friedensaktion der österr.-ungar. Regierung in einer Enunziation Stellung nehmen werde, in welcher er einen Apell an den Friedenswillen der Völker der kriegsführenden Staaten richten werde.

Bericht der Direktion der städtischen Straßenbahnen über das Ansuchen der Firma Hutter & Schrank, den Verkehr auf der Linie 66 wieder uneingeschränkt aufzunehmen, da die Arbeiter der Firma erklärten, in den Streik zu treten, wenn dies nicht geschehe. Antrag: Ablehnung.

Bericht des Vize-Bürgermeisters Hof über die abermalige Gewährung eines Anschaffungsbeitrages für die städtischen Angestellten einschließlich der Lehrpersonen und die Beistellung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. (Auszahlung bis längstens 1. Oktober in der gleichen Höhe wie der Anschaffungsbeitrag vom Juli. Gemeinderatsbeschuß vom 24. April 1918 und 27. Juni 1918. Lieferung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen nach Möglichkeit und im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und Abstattung des Entgeltes in Teilzahlungen binnen längstens 6 Monaten) (Zustimmende Kenntnisaahme.)

Bericht der Bauamtsdirektion über die Beteiligung der Gemeinde Wien an einer zu gründenden Wiener Baustoff-Aktiengesellschaft. (Die

Gemeinde Wien übernimmt 55% des Aktienkapitales von 10 Millionen Kronen. Eine Leistung von 220.000 Kubikmeter Sand und Schotter projiziert, Bedarf der Gemeinde 120.000 Kubikmeter, wofür 100.000 Kubikmeter für den freien Verkehr. In Verbindung ein Fuhrwerksbetrieb mit zirka 40 Kraftwagen à 10 Tonnen, Abgabe eines Kubikmeters Schotter mit 9 K möglich.) (Zustimmende Kenntnisaufnahme.)

Magistratsbericht über den Beitritt der Gemeinde Wien zur österr. Geflügel-Übernahme- und -Verteilungsstelle, gemeinnützige G. m. b. H. (Deckung des Geflügelbedarfes Wiens hauptsächlich aus Ungarn, enorme Steigerung des Preises während des Krieges von K 1.80 bis Ende 1917 auf K 38 per kg. Errichtung einer Übernahmestelle für ganz Österreich, welcher vom Volksernährungsamte der Anbotszwang eingeräumt wird, Stammkapital 1 Million Kronen, Stammeinlage der Gemeinde 350.000 K, Entsendung von Gemeindevertretern in die Organe der Gesellschaft.) (Zustimmende Kenntnisaufnahme.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Kartoffeleinlauf vom 1. Juli bis 13. September 1918 962.3 Waggons. Seither Störung der inländischen Zufuhren. Vorstellung beim Amte für Volksernährung wegen rechtzeitiger Anlieferung ausländischer Ware (Deutschland, Ungarn, Polen). Forderung beim Armeekorps-Oberkommando und Volksernährungsamt nach Vermehrung der polnischen bzw. ungarischen Zufuhren unter Hinweis auf das Sinken der Zufuhren. Telegramme an Ministerpräsidenten, Ernährungsminister, Generalstabschef, Vorsitzenden des Gemeinsamen Ernährungsausschusses und ungar. Ernährungsminister, mit welchen Beschleunigung und Vermehrung der Zufuhren gefordert wird. Derzeitige Einläufe hauptsächlich aus Polen und Ungarn hinreichend, um die 1/2 kg-Quote ausgeben zu können. Für die Versorgungszeit 1918/19 Kartoffelablieferungsverträge über 9187 Waggons. Selbstversorgung heuer in ausgedehnterem Maße als im Vorjahre gestattet durch Bezug von Kartoffeln aus Niederösterreich, Böhmen, Mähren und Galizien. 100 kg pro Kopf und Versorgungszeit. Absicht des Volksernährungsamtes, die Einhaltung einer 2 1/2 kg-Quote zu ermöglichen. 18.000 Waggons erforderlich. Hiervon sollen noch 12.000 Waggons im Herbst nach Wien gebracht werden. Absicht, die städtischen Beamten und Angestellten mit einem Meterzentner Kartoffeln pro Kopf und Versorgungszeit zu beteiligen.)

Anregung des Gemeinderates Leitner, mit Rücksicht auf den herrschenden Salzangel den Bezug von Salz an eine Karte zu binden.

Magistratsbericht über die Mehversorgung der Stadt Wien. (Aufbringung in der letzten Woche etwas günstiger. Brotmehlversorgung schleppend. Forderung des Bürgermeisters an das Ernährungsamt, eine kleine Reserve an Brotgetreide vom flachen Lande nach Wien zu bringen. Aufbringung in Niederösterreich günstig, auch in Böhmen günstiger wie im Vorjahre. Serbische Ernte unzulänglich, Ernte in Rumänien ungünstig. Ernte in der Ukraine mittelgut, jedoch Aufbringung sehr schwierig.)

102. Obmänner-Konferenz vom 7. Oktober 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er in der Gemeinderatssitzung vom 9. Oktober den neuen Friedensschritt der Regierung begrüßen werde.

Mitteilung des Bürgermeisters über die gegenwärtig in Wien herrschende Grippe. (Ansteigen der Erkrankungen; bis jetzt 1000 Schulklassen geschlossen, sofortige Sperre aller Volks- und Bürgerschulen Wiens, Ersuchen an Deutschland, Arzneimittel zur Verfügung zu stellen und Ersuchen an das Landesverteidigungsministerium, eine Anzahl Magister für die Zivillapotheken zu entheben.)

Bericht des städtischen Gesundheitsamtes über die Grippeepidemie. (Infolge Ansteigens der Epidemie Sistierung des Unterrichtes in Volks- und Bürgerschulen auf acht Tage. Horte und Ausspeisungen bleiben aus sozialen Gründen offen, ebenso die Kindergärten. Forderung nach Einführung der Anzeigepflicht, Ablehnung seitens des Gesundheitsministeriums. Bereitsstellung des Meidlinger Notspitales seitens der Gemeinde Wien.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, durch ein Rundschreiben an sämtliche Armenärzte die übermäßige Dosierung von Arzneimitteln abzustellen.

Anregung des Gemeinderates v. Steiner, an die Statthalterei mit dem Ersuchen heranzutreten, die Spitals- und Ärztefrage zu regeln.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Gasversorgung der Stadt Wien. (Aufhebung des Heizverbotes seitens der Regierung ohne Einvernehmung mit der Gaswerksdirektion. Durch diese Verfügung wäre eine Droffselung der Gasabgabe nötig gewesen, wenn nicht die Witterung besser geworden wäre.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein, bei der Statthalterei Beschwerde darüber zu führen, daß die Aufhebung des Heizverbotes ohne vorheriges Einvernehmen mit der Gemeinde Wien erfolgt sei.

Bericht über die Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke. (Vorrat 56.000 t gegenüber 130.000 t im Vorjahre. Erklärung der Gaswerksdirektion bei einer Besprechung im Arbeitsministerium, daß die Gaswerke, wenn die Kohlenbelieferung wie bisher mit zirka 70% der zugesicherten Menge erfolgt, in der dritten Dezemberwoche betriebsunfähig sind. Bei voller Auslieferung komme das Gaswerk über den Winter hinweg. Erklärung des Vertreters der Nordbahndirektion, daß er mit Rücksicht auf den Lokomotivenmangel eine Garantie für die Kohlenlieferung nicht übernehmen könne. Eingaben an den Arbeits- und Eisenbahnminister.)

Feststellung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Gemeinde Wien in der Frage der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke in allen vier Kriegsjahren unentwegt und unermüdet ihre warnende Stimme an die kompetenten Faktoren gerichtet habe.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, zur Frage der Kohlenversorgung der städtischen Gaswerke in öffentlicher Gemeinderatssitzung Stellung zu nehmen.

Magistratsbericht über die abermalige Erhöhung der Kriegszuwendungen an die städtischen Angestellten, Beamten, Arbeiter und Lehrer (30% ige Erhöhung der fortlaufenden Kriegszulagen, Auszahlung eines Anschaffungsbeitrages in derselben Höhe wie bisher vor Weihnachten. Einrechnung eines Teiles der Kriegszulage in die Pension. Erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre, 1½ Jahre für 1 Jahr. Finanzielles Mehrerfordernis 50 Millionen Kronen. Deckung: Aufnahme eines Anlehens in der Höhe von 250 Millionen Kronen.)

Zustimmung zur Magistratsvorlage, betreffend die abermalige Erhöhung der Kriegszuwendungen für die städtischen Angestellten, Beamten, Arbeiter und Lehrer und Ermächtigung des Bürgermeisters wegen Aufnahme eines Anlehens in der Höhe von 250 Millionen Kronen mit den Banken und der Regierung in Verhandlungen zu treten.

Magistratsbericht über die Mehlerverjorgung der Stadt Wien. (Verjorgung Wiens ausschließlich durch Niederösterreich. Stockung zu befürchten wegen Anbauarbeiten der Landwirte und wegen Nichtlieferung des Kontingentes seitens Ungarns. Ausichten der Mehlerverjorgung daher ungünstig.)

Magistratsbericht über die Zuckerderjorgung der Stadt Wien. (Verordnung über die Ausgabe von Rohzucker und Erhöhung des Zuckerpreises. Rübenernte sehr günstig, jedoch Kohlenmangel, daher Belieferung der Raffinerien nicht möglich. Da Verarbeitung der Rüben zu Zucker nicht vollständig durchgeführt werden kann, Notwendigkeit, die Rüben für den menschlichen Genuß zu konservieren. Preis des Rohzuckers bisher 120 K, ab jetzt 226 K, Preis für Weißzucker bisher 130 K, ab jetzt 240 K. Ausgabe von Weißzucker aus dem Borräte der Gemeinde Wien im Monate Oktober.)

Magistratsbericht über die Fettverjorgung der Stadt Wien. (Nur unter größten Schwierigkeiten ist die Gemeinde imstande, die Kopfquote von 4 dkg Fett auszugeben. Wochenbedarf 12 Waggonz. Aus der Ukraine und Rumänien ist nichts zu erhalten, Ungarn liefert bloß die auf Grund eines Abkommens zwischen dem österreichischen Ackerbauministerium und der ungarischen Regierung geschlossene Zahl von Schweinen. In den nordischen Staaten fast völliger Stillstand der Produktion. Schwierigkeiten in der Margarinerzeugung infolge Kohlenmangels.)

Magistratsbericht über die Verjorgung der Stadt Wien mit Rindfleisch. (Nach Durchführung der Rationierung war es unter teilweiser Heranziehung der Reserven möglich gewesen, in den letzten zwei Wochen die Wochenquote von 20 dkg abzugeben. Falls die Zuschübe sich nicht bessern, werden die Reserven aufgebraucht sein; die Kronländer liefern nicht vollständig die Kontingente, Ungarn liefert wohl sein Kontingent von 9000 Rindern, jedoch in minderwertiger Dualität.)

Magistratsbericht über die Kartoffelverjorgung der Stadt Wien. (Übergangsstadium. Erleichterung durch die Verordnung, die die Belieferung der Einzelhaushaltungen ermöglicht, keine Reserven.)

Zustimmung zu folgenden Beschlüssen des Stadtrates vom 3. Oktober 1918 in Angelegenheit der Approvisionierung der Stadt Wien:

Die k. k. Regierung wird neuerlich aufgefordert, dem wiederholten Ersuchen der Wiener Gemeindeverwaltung um Wiederherstellung der vollen Kochmehlquote mit der durch die überaus ungünstige Ernährungslage der Wiener Bevölkerung gebotenen Beschleunigung zu entsprechen. Die k. k. Regierung wird weiters aufgefordert, durch möglichst restlose Erfassung der Inlandernte und rascheste Sicherstellung von auswärtigen, insbesondere ungarischen Bezügen entsprechend große Reserven an Brotgetreide anzulegen, um anlässlich der zu gewärtigenden Maiszuschübe über die entsprechenden Mengen von Edelgetreide zur Herstellung einer geeigneten Brotmehlmischung zu verfügen. — Die k. k. Regierung wird ersucht, anlässlich der in Schwebel befindlichen Kompensationsverhandlungen mit der ungarischen Regierung zu bewirken, daß aus den ungarischen Zuschüben ein Sonderkontingent ausschließlich für die Verjorgung der Stadt Wien bereitgestellt werde. — Die k. k. Regierung wird aufgefordert, mit allem Nachdrucke das sofortige Einsetzen derart reichlicher Kartoffelzuschübe zu veranlassen, daß rechtzeitig vor Eintritt der schlechten Jahreszeit die für die Verjorgung der Wiener Bevölkerung unter Zugrundelegung einer Quote von mindestens 3 kg pro Kopf und Woche erforderlichen Borräte sichergestellt werden können. — Die k. k. Regierung wird aufgefordert, unverzüglich alle Maßnahmen in die Wege zu leiten, welche geeignet sind, eine durchgreifende Beschickung des Wiener Obstmarktes herbeizuführen. — Die Gemeindeverwaltung protestiert gegen

die von der k. k. Regierung beabsichtigte Abgabe von Rohzucker und die gleichzeitig verfügte enorme Preiserhöhung und verlangt, daß die k. k. Regierung durch beschleunigte Belieferung von Kohlen den Betrieb der Raffinerien behufs Erzeugung von Weißzucker und restloser Verarbeitung der heuer überaus reichlichen Rübenenernte sicherstellt. — Die unzulängliche Kopfquote an Zucker muß mindestens auf das alte Ausmaß erhöht werden. — Die nicht der Zuckerverwertung zugeführten Rübenmengen sind entsprechend zu konservieren und im gegebenen Zeitpunkte für Speisewecke abzugeben. — Behufs Sicherstellung des Minimalbedarfes an Rindfleisch wird die k. k. Regierung aufgefordert, die Aufbringung der den Kronländern für Wien vorgeschriebenen Kontingente tatsächlich durchzuführen und auf der restlosen Lieferung der mit Ungarn und Kroatien vereinbarten Kontingente ohne Rücksicht auf etwa anhängige Kompensationsverhandlungen zu beharren. — Die k. k. Regierung wird aufgefordert, durch Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und durch Zuschübe aus den okkupierten Gebieten die Sicherstellung von Fettstoffen zu bewirken, um wenigstens die Aufrechterhaltung der ohnedies unzulänglichen Fettquote zu ermöglichen. — Die Gemeindeverwaltung überreicht diese Forderungen an die Regierung, verweist auf ihre wiederholten, leider zumeist fruchtlosen Petitionen in den drängendsten Approvisionierungsfragen und lehnt jede Verantwortung ab, wenn die Regierung sich abermals den unabweislichen Forderungen der schwer bedrängten Bevölkerung verschließen sollte. — Hiedurch erledigt sich der am 26. September 1918 im Wiener Stadtrate eingebrachte Antrag der Gemeinderäte Dr. Hein und Hohensinner.

Magistratsbericht über den Ankauf von Rügen. (Ungünstige Milchversorgung in den letzten Wochen. Die Anzahl der Rüge der Wiener Milchmeier ist von 15.000 Stück im Frieden auf 1500 Stück gesunken. Die Gemeinde besitzt gegenwärtig 1030 melkende Rüge mit einer Tagesproduktion von 6300 Litern auf verschiedenen Gütern. Erwirkung der Ausfuhrbewilligung für 1000 Melkkühe aus der Schweiz nach Wien. Enorm hoher Preis. 4500 bis 5000 K pro Stück. Valutaschwierigkeiten.)

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zum Ankaufe von 1000 Stück Rügen aus der Schweiz.

103. Obmänner-Konferenz vom 19. Oktober 1918.

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Approvisionierungslage der Stadt Wien. (Vorsprache beim Statthalter und Darstellung der bedrohlichen Approvisionierungslage der Stadt Wien. Vorsprache beim Ernährungsminister mit den drei Vize-Bürgermeistern. Ergebnis: Aus Rumänien nichts zu erwarten, weil Mißernte; Ukraine kommt als Exportland nicht mehr in Frage; in Russisch-Polen Aufruhr, Böhmen und Mähren sperren die Lebensmittelausfuhr nach Wien. Sollen bleiben für Wiens Verpflegung die innerösterreichischen Länder. Tirol, Salzburg und Steiermark passiv, Oberösterreich hat sich abgesperrt, ebenso Salzburg. Wien braucht täglich 41, Deutschösterreich 83 Waggons Mehl. Lebensmittelausfuhr von Ungarn nach Wien gesperrt. Versorgung nur bis 7. November gedeckt (Brotfrucht). Regierung erklärt sich außerstande, der Gemeinde durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt Kartoffeln zur

Verfügung zu stellen und verweist die Gemeinde auf die Vertragskartoffeln. Böhmen würde statt des Kontingentes von 17.000 Waggons 4000 Waggons liefern. Mähren dürfte in den nächsten Tagen die Lieferung einstellen, ob die in Galizien geschlossenen Kartoffeln anrollen werden, sehr fraglich. Fettvorräte des Volksernährungsamtes höchstens 10 Waggons, Frage der Zuckerversorgung ungünstig, die Rohzuckerfabriken werden nur mit 30% Kohle beliefert. Die Stadt steht vor der Hungersnot. Verhandlungen mit den verschiedenen Nationen der selbständigen Staaten. Vorschlag: Die Gemeindeverwaltung richtet unter Darstellung der Wiener Ernährungslage an die provisorische deutschösterreichische Nationalversammlung die Bitte, die Ernährungsfrage in erster Linie zu behandeln und mit dem tschechischen und ukrainischen Nationalrat, mit Ungarn und mit dem Deutschen Reiche in unmittelbare Verhandlungen zu treten.)

Antrag des Gemeinderates Keumann auf Bildung eines gemeinderätlichen Ernährungsausschusses der Gemeinde Wien, der mit dem Ernährungsausschusse der provisorischen deutschösterreichischen Nationalversammlung in Verhandlungen treten solle.

Bericht des Vize-Bürgermeisters Hierhammer über die Kohlenversorgung (Infolge gänzlich unzulänglicher Zufuhren vorläufig Einstellung des Zimmerbrandes, Schwierigkeiten bei der Förderung, passive Resistenz, bis zu 40% der Bergleute grippekrank.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Einrichtung von Wärmestuben in Wien.

Auftrag an den Magistrat, über die Wärmestuben-Aktion dem Gemeinderate zu berichten, ebenso über die Einsetzung eines Gemeinderatsausschusses zur Beratung über diese Angelegenheit.

Beschluß: 1. Die Obmännerkonferenz konstituiert sich als provisorischer Ernährungsausschuß der Gemeinde Wien und richtet unter eingehender Darstellung der Lage an den am 21. Oktober l. J. zusammentretenden deutschen Nationalrat die Bitte, sich in erster Linie mit der Ernährungsfrage zu befassen. 2. Der Bürgermeister wird ersucht, in der nächsten Gemeinderatssitzung den Antrag auf Wahl eines 30gliedrigen, aus allen Parteien bestehenden Ausschusses zu stellen, bei welcher Gelegenheit sich die Mitglieder der Obmännerkonferenz der Wahl in diesen Ausschuß zu unterziehen haben. Der gewählte Ernährungsausschuß wird beauftragt, unverweilt die Verbindung mit dem Ernährungsausschuß des deutschen Nationalrates in die Wege zu leiten.

104. Obmännerkonferenz vom 21. Oktober 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die am 21. Oktober 1918 erfolgte Konstituierung der provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs. (3 gleichberechtigte Präsidenten: Abgeordneter Dinghofer, Fink und Seiz; Einsetzung eines Ernährungsausschusses und eines Vollzugsausschusses mit je 30 Mitgliedern. Zweck der heutigen Sitzung: Die an den Ernährungsausschuß zu richtenden Forderungen von Lebensmitteln festzustellen. Überreichung einer Denkschrift*) an den Ernährungsausschuß der provisorischen Nationalversammlung.)

*) Wortlaut der Denkschrift an den Ernährungsausschuß der provisorischen Deutschösterreichischen Nationalversammlung:

„Nach dem kaiserlichen Manifest vom 16. d., welches die Umwandlung Österreichs in einen Bundesstaat ankündigt, sollen zwar bis zur Vollendung dieser Umgestaltung die

Magistratsbericht über den Kartoffelbedarf der Gemeinde Wien. (Bei einer Quote von 1 kg wöchentlich 200 Waggons erforderlich, sohin für 7 Monate oder 30 Wochen 6000 Waggons; bei einer Quote von 2 kg 12.000 Waggons, bei einer Quote von 3 kg 18.000 Waggons. 15 bis 20% Zuschlag infolge des Schwundes. Schlüsse der Gemeinde auf 11.000 Waggons. Bei einem Verbrauch von 22.000 Waggons müßten sohin 50% durch die Kriegsgetreideverkehrsanstalt geliefert werden. Größte Leistungsfähigkeit im Vorjahre war die Zufuhr von 170 Waggons pro Tag.)

Magistratsbericht über den Mehlbedarf der Stadt Wien. (Tagesbedarf 41 Waggons, d. i. im Monat 1230 Waggons. Bei der gekürzten, halben Kochmehlquote entfallen 400 Waggons Kochmehl. Größere Quantitäten können nur aus Niederösterreich im Wege des Spätbrusches hereingebracht werden. Notwendigkeit, mit der tschecho-slowakischen und der ungarischen Regierung wegen Sicherstellung des Mehlbezuges in Verbindung zu treten. In Niederösterreich könnten, wenn von den Bauern alles abgeliefert wird, 8000 bis 10.000 Waggons aufgebracht werden. Die für die Versorgungsperiode nötigen 16.000 Waggons müßten aus Niederösterreich, Oberösterreich und durch Zuschübe aus Böhmen und Ungarn, eventuell aus dem Auslande aufgebracht werden.)

Magistratsbericht über den Fettbedarf der Gemeinde Wien. (Bei der Fettquote von 12 dkg Wochenbedarf 27 Waggons, Monatsbedarf 100 Waggons. Aus Deutschösterreich nichts aufzubringen. Aus Oberösterreich und Niederösterreich nichts zu bekommen, es kommt bloß Böhmen und Mähren in Betracht. Diese beiden Länder haben in den letzten Monaten überhaupt nichts mehr geliefert, es bleiben sohin nur die Zuschübe aus Ungarn und Kroatien, wo der Fettpreis 77 bis 80 K pro Kilogramm beträgt. Aufbringung der Ölprodukte nicht ungünstig, jedoch sind die Ölpressereien größtenteils nicht in Innerösterreich. Schwierigkeiten mit Kohle.)

Magistratsbericht über den Zuckerbedarf der Gemeinde Wien. (Bei 1 kg-Quote pro Kopf und Monat genügen monatlich 200 Waggons Zuckerrüben. Zuckerverzeugung in Innerösterreich sehr gering, hauptsächlich in

bestehenden Einrichtungen zur Wahrung der allgemeinen Interessen unverändert aufrechterhalten, tatsächlich aber ist die Zentralisierung bereits jetzt außerstande, wirksame Anordnungen zu treffen. Und da andererseits die auf dem Selbstbestimmungsrechte der einzelnen Volksstämme beruhenden nationalen Staaten noch nicht entstanden sind und keinerlei Regierungsgewalt besitzen, ist augenblicklich eine Desorganisation eingetreten, die zu ernststen Besorgnissen Anlaß gibt und insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung verhängnisvoll zu werden droht.

Am schwersten betroffen wird durch diesen anarchischen Zustand die bisherige Reichshauptstadt Wien, deren Lebensmittelversorgung durch Niederösterreich allein nicht sichergestellt werden kann und daher auf Zuschübe aus den übrigen Kronländern und aus Ungarn angewiesen ist. Diese Zuschübe drohen nun während des staatsrechtlichen Umgestaltungsprozesses der Monarchie ins Stocken zu geraten, und da alle Bemühungen der Wiener Gemeindevertretung um eine Sicherung gegen die Zufälligkeiten des Krieges durch Anlegung größerer Vorräte erfolglos geblieben sind, steht die Zweimillionenstadt, falls jener Zustand staatlicher Ohnmacht auch nur einige Wochen anhält, vor der entsetzlichen Gefahr einer Hungersnot. Mehl und Kartoffeln sind nur mehr für ganz kurze Zeit vorhanden, ebenso Futtermittel für die in der Großstadt unentbehrlichen Fräckerpferde, Fett und Fleisch mangelt fast gänzlich und die Kohlen- und Petroleumvorräte sind so gering, daß die Belieferung der Haushalte nur mehr in völlig unzulänglichem Ausmaß möglich ist.

In dieser furchtbaren Lage wendet sich die Wiener Gemeindevertretung an den Deutschen Nationalrat mit der dringenden Bitte um rascheste Hilfe. Der Deutsche Nationalrat möge es als seine erste und dringendste Aufgabe erkennen, die Stadt Wien vor einer Ernährungskatastrophe samt ihren unabsehbaren Folgewirkungen für das deutsche Österreich und für das ganze Reich zu bewahren! Die Bevölkerung der Zweimillionenstadt, die in diesem Kriege schon so schwere Entbehrungen ertragen mußte, erwartet, daß durch einsichtsvolle Entschlüsse des Deutschen Nationalrates wenigstens das Äußere von ihr abgewendet wird.

Böhmen und Mähren. Schwierigkeiten bei der Ausfuhr nach Innerösterreich.)

105. Obmänner-Konferenz vom 3. November 1918.

Mitteilung des Gemeinderates Moißl, betreffend das Militär-Verpflegsmagazin in Schwechat. Plünderungsgefahr. Rücksprache beim Staatssekretär für Heereswesen wegen Übernahme des Magazins durch die Gemeinde Wien; 900 Waggons Mehl und 35 Waggons Fett.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß die Gemeinde Wien das Militär-Verpflegsmagazin in Schwechat übernommen habe.

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Von dem verordnungsmäßig eingeräumten Rechte, den Kartoffelbedarf Wiens vertragsmäßig zu decken, hat die Gemeinde Wien reichlich Gebrauch gemacht. Abschluß auf 11.816 Waggons. Bis 29. Oktober 1917 Waggons angeliefert, hiervon 1590 Waggons Vertragskartoffeln. Kriegsgetreideverkehrsanstalt hat nur knapp 300 Waggons aufgebracht. Seit 31. Oktober auffallender Rückgang in den Zufuhren. Vorrat nur mehr 520 Waggons, daher nur mehr bis 23. November ausreichend; Situation äußerst kritisch. 3 und 2 kg-Quote ausgeschlossen. Bei 1 kg-Quote Bedarf bis Mitte März 4000 Waggons. Wiederholte Vorstellungen der Gemeinde wegen rascher Kartoffelzufuhren. Verhandlungen mit tschecho-slowakischem Nationalrat ergaben, daß dieser Kartoffeln unter der Voraussetzung liefern werde, daß jeder Waggon Kartoffeln an der Einbruchsstelle nach Niederösterreich gegen einen leeren Waggon oder einen mit tschechischen Soldaten besetzten ausgetauscht werde.)

Genehmigung der Entsendung von Delegierten der Gemeinde Wien (Zeitner, Staret, Dr. Hein) nach Prag im Einvernehmen mit dem österreichischen Staatsrate zur Führung von Verhandlungen in der Kartoffelfrage mit dem tschecho-slowakischen Nationalrate. (Antrag des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Verhandlungen wegen Aufnahme eines 250-Millionen-Kronen-Anlehens. (Anbot der Banken: Übernahme von 100 Millionen Kronen fix und Option auf weitere 100 Millionen Kronen bis Ende 1919. Für die 100 Millionen Kronen fix Kurs von 88 Kronen, Laufzeit von 60 Jahren, 4%. Bei Emissionskurs zwischen 90 und 91 erhält die Gemeinde 50% der Differenz, bei Emissionskurs über 91 75% der Differenz. Rentensteuerfreiheit, Marktfreiheit bis ein Jahr nach Ausübung der Option. Zustimmung der deutsch-öst. Nationalversammlung für die Begebung des Anlehens und die Mündelsicherheit. Bedingungen unannehmbar, nochmalige Verhandlungen erforderlich.)

Anregung des Gemeinderates Reumann, die Anlehenssumme möglichst hoch zu gestalten, um große flüssige Geldmittel zu haben. (Anlässlich der Aufnahme des 250-Millionen-Kronen-Anlehens.)

Genehmigung der Einsetzung eines Komitees zur Verhandlung mit den Banken über die Bedingungen für das 250-Millionen-Kronen-Anlehen der Gemeinde Wien. (Bürgermeister, 3 Vize-Bürgermeister, Gemeinderat Dr. v. Schwarz-Hiller und Gemeinderat Emmerling.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller auf Wahl eines gemeinderätlichen Ausschusses für Übergangswirtschaft.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister möge mit dem Staatssekretär des Innern verhandeln, daß die Vorräte der Schuhfabrik in Mitterndorf und die Einrichtungen der Flüchtlingsfürsorge für die Gemeinde Wien reserviert bleiben.

Anfrage des Gemeinderates Skaret an den Bürgermeister, ob er geneigt sei, in der nächsten Zeit eine Demokratisierung der Gemeindeverwaltung durchzuführen.

106. Obmänner-Konferenz vom 6. November 1918.

Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke über den Stand der städtischen Gaswerke. (Kohlensituation kritisch, Vorrat 36.500 Tonnen, durchschnittlicher Tagesverbrauch 230 Waggons, Auslangen ohne Zuschübe also für zirka 16 Tage gesichert. Bedrohlicher die Frage des Ersatzes der Kriegsgefangenen, die erklärt haben, Sonntag die Arbeit niederzulegen. Seit 6 Wochen Bemühungen Ersatz zu schaffen, Arbeitsvermittlung außerstande; Verhandlungen mit dem Staatsamte für Heerwesen. Plakatierung.)

Anregung des Gemeinderates Reumann, die Tagelöhne im Gaswerke möglichst hoch festzusetzen, um die Arbeiter noch für einige Zeit zu fesseln.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer, im Wege der Rathauskorrespondenz eine Notiz über die Aufnahme von Arbeitern für das Gaswerk an die Tagesblätter zu senden und weiters durch Anschlagen in den Straßenbahnen die Aufnahme von Arbeitern für das Gaswerk bekanntzumachen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, auf den Bahnhöfen die Aufforderung zur Arbeitsanmeldung in den städtischen Gaswerken plakatieren zu lassen.

Bericht der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke über den Stand der Elektrizitätswerke. (Trotz Urgezen ist Kohlenvorrat im verslossenen Sommer weit hinter dem des Vorjahres zurückgeblieben. Vorrat am 30. September 44.100 Tonnen, Ersparung durch das Überlandswerk Ebenfurt bis zum 30. September 27.000 Tonnen. Eingabe des Stadtrates an die Regierung um Verbesserung der Kohlenlieferung und Zuweisung von Erdarbeitern für den Bergbau in Billingsdorf und Neufeld. Kein Erfolg. Sinken der Förderung. Keine Besserung der Zufuhren. Vorrat am 29. Oktober 33.000 Tonnen, seither unter 30.000 Tonnen gefallen. Verhandlungen durch den Staatssekretär für öffentliche Arbeiten wegen Zufuhr aus Ostrau-Karwin und dem Pilsener Revier, ebenso wegen Durchfuhr aus dem nordwestböhmischem und oberschlesischem Revier. Einstellung der Arbeit im Ebenfurter Kraftwerk und in Neufeld durch die Kriegsgefangenen. Sparmaßnahmen notwendig. Verringerung des Straßenbahnbetriebes unmöglich. Aufforderung zur Meldung für die Arbeit umsonst. Sparmaßnahmen bei der Stromlieferung für motorische Zwecke, bei der Wohnungsbeleuchtung, Schließung der Geschäfte bei Einbruch der Dunkelheit, Einstellung der Personenaufzüge, Sperrung der Theater, Varietés usw. Ersparung $11\frac{1}{2}$ Waggons täglich. Diese Sparmaßnahmen müßten spätestens Mitte November eintreten. Wenn die Zufuhren noch weitere acht Tage gleich schlecht bleiben, müßten noch strengere Maßnahmen erfolgen. Die italienischen Kriegsgefangenen im Wiener Werk haben den Dienst eingestellt. Für Aufrechterhaltung des Betriebes hat die Direktion dadurch gesorgt,

daß sie zirka 130 kaufmännisch und technisch gebildete Bureaubeamte im Betriebsdienst ausgebildet hat.)

Unregung des Vize-Bürgermeisters Rain, Angehörige der Kriegsmarine durch Nachfrage im Marineministerium für die Elektrizitätswerke zu gewinnen.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Außerst bedenkliche Lage infolge des Verbotes der Ausfuhr von Kohle aus dem tschecho-slowakischen Staate und der Durchfuhr der deutschen Kohle. Gemeinde ist auf ihre Borräte angewiesen. Der Vorrat 62.000 Tonnen reicht für die Industrie und den Hausbrand auf knapp für eine Woche.)

Bericht des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über das Ergebnis der Verhandlungen des von der Obmänner-Konferenz eingesetzten Komitees mit den Banken wegen Aufnahme des 250-Millionen-Kronen-Anlehens.

Unregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, zur Subskription des 250-Millionen-Kronen-Anlehens eine vom Bürgermeister und von den Obmännern der Gemeinderatsparteien unterschriebene Aufforderung an die Bevölkerung zu publizieren.

Bericht der Direktion des städtischen Wohnungsamtes über die Notwendigkeit der Bereitstellung von Wohnräumen (Infolge der Ereignisse in den Nachbarstaaten ist ein größerer Zuzug von einzelnen Personen und Familien deutschösterreichischer Staatsangehörigkeit in Bälde zu erwarten. Vorschlag, die sofortige Durchführung der bereits im Staatsamt für soziale Fürsorge anhängigen Maßregeln in dieser Angelegenheit zu verlangen.)

Auftrag an die Direktion des städtischen Wohnungsamtes, zur Linderung der Wohnungsnot auf die Wiener Barackenlager mit aller Energie zu greifen und das Kriegsministerium aufzufordern, sofort die Hotels zu räumen.

Magistratsbericht über die Beschaffung von Wildpret. (Seit Oktober 1916 besteht die städtische Übernahmestelle für Wildpret mit Übernahmestellen in Krems und St. Pölten. Ohne Einvernehmung der Gemeinde wurde im Jahre 1918 plötzlich eine eigene Wildübernahmestelle der Statthalterei geschaffen. Dadurch würde Wien nur auf zirka 2000 Hasen, die Statthalterei auf 12.000 Anspruch haben. Außerdem besteht eine Wildstelle für Baden. Hierdurch ist städtische Übernahmestelle lahmgelegt, weil Wild aus Mähren und Böhmen nicht zu bekommen ist. Vergebliche Vorstellung bei der früheren Statthalterei. Vorschlag, schriftlich und mündlich an den neuen Landeshauptmann heranzutreten, diese Verfügung der früheren Statthalterei aufzuheben.)

107. Obmänner-Konferenz vom 11. November 1918.

Nachruf des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner für den verstorbenen Staatssekretär des Außern Dr. Viktor Adler.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Verschiebung der für den 12. November anberaumten Gemeinderatssitzung mit Rücksicht darauf, daß an diesem Tage aus Anlaß der Verkündigung der Republik und des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland eine allgemeine Arbeitseinstellung und ein großer Demonstrationsumzug stattfindet.

Mitteilung des Gemeinderates Skaret über die Tendenzen des aus Anlaß der Verkündung der Republik am 12. November 1918 stattfindenden Demonstrationsumzuges.

Antrag des Gemeinderates Kunschak, die Obmänner-Konferenz wolle mehrere Mitglieder zum Staatsrate entsenden, um diesen auf die furchtbaren Konsequenzen, welche Wien durch den augenblicklichen Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland in der Verpflegsfrage drohen, aufmerksam machen.

Antrag des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister möge noch während der Dauer der heutigen Obmänner-Konferenz mit maßgebenden Personen des Staatsrates in Verbindung treten und diesen die wirtschaftlichen Bedenken der Obmänner-Konferenz gegen den augenblicklichen Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland vorzuhalten.

Bericht der Gaswerksdirektion über die Lage im städtischen Gaswerke. (Die kriegsgefangenen Arbeiter in Leopoldau und Simmering beabsichtigen, das Gaswerk zu verlassen. Weiteres Verbleiben der Arbeiter auf Grund der Intervention italienischer Offiziere. Meldung von zirka 400 Arbeitern auf Grund der Plakatierung. Aufhebung der Gasperre. Lohnbewegung unter den Arbeitern. Kohlenvorrat 29.000 Tonnen, also noch für zirka 14 Tage.)

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller auf Bestellung eines ständigen Vertreters der Gemeinde Wien in Prag mit Zustimmung aller in Frage kommenden Instanzen zur Wahrung der Interessen der Gemeinde Wien bezüglich der Nahrungsmittel und der Kohle. (Zustimmung.)

Magistratsbericht über die Verhandlungen mit dem tschecho-slowakischen Staate bezüglich der Lieferung von Kartoffeln an die Gemeinde Wien.

Magistratsbericht über die Ergänzungen der Kriegszulagenbestimmungen und erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre für die Bezüge der städtischen Angestellten und Lehrpersonen (siehe Gemeinderatsbeschluß vom 13. November 1918).

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über das Ergebnis seiner eben erfolgten Vorsprache beim Staatsrat in Angelegenheit der wirtschaftlichen Bedenken der Obmänner-Konferenz gegen den sofortigen Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland. (Bedenken der Obmänner-Konferenz dem Staatsrate bekannt. Beschluß des Anschlusses nach gründlicher Überlegung gefaßt.)

Magistratsbericht über die Fleischversorgung der Stadt Wien. (Unmöglichkeit der Ausgabe der bisherigen Kopfquote — 12½ dkg pro Kopf und Woche) — in der nächsten Woche, daher fleischlose Woche. Belieferung bloß der Spitäler und Versorgungsanstalten, der Bahnbediensteten und Straßenbahner.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien. (Lager: 294 Waggons. Ausgabe einer Halbkilogrammquote in der nächsten Woche.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über eine Demokratisierung des Gemeinderates.

Vorschläge des Gemeinderates Reumann bezüglich der Demokratisierung der Gemeindeverwaltung (82 Christlichsoziale, 60 Sozialdemokraten 23 freiheitliche Mandate, darunter 10 christlichsoziale, 10 sozialdemokratische und 4 freiheitliche Frauenmandate.)

Grundsätzliche Einigung aller Parteien über eine weitgehende Demokratisierung des Wiener Gemeinderates für die Zeit bis zur Vornahme definitiver Neuwahlen (Neue Zusammensetzung der Bezirksvertretung, Notwendigkeit, mit Rücksicht auf die bevorstehende starke Vertretung der Sozialdemokraten im provisorischen Gemeinderat dieser Partei eine Vertretung im Präsidium, im Stadtrat und in den Ausschüssen einzuräumen. Entsprechende Vertretung der Frauen der verschiedenen Parteien im Gemeinderate. Durchführung dieser Neuordnung noch im Laufe der Woche.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, daß er folgende Verfügung getroffen habe: 1. Den heimkehrenden Bediensteten der städtischen Straßenbahn wird ein 14tägiger Urlaub mit Gebühren bewilligt. 2. Für alle dienstlichen Anstände der Bediensteten der städtischen Straßenbahnen, welche bis einschließlich 12. November 1918 festgestellt wurden, wird die Durchführung der Ordnungs- und Disziplinarstrafen, soweit sie noch nicht geschehen ist, nachgesehen; in dieser Richtung anhängige Verfahren sind einzustellen, sofern es sich nicht um einen Verstoß gegen das allgemeine Strafgesetz handelt.

Ersuchen des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, der Bürgermeister wolle sich mit den kompetenten Faktoren ins Einvernehmen setzen, daß die Gültigkeit des Wiener Stadtgeldes auch auf das flache Land nächst Wien ausgedehnt werde.

108. Obmänner-Konferenz vom 16. November 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über seine Absicht, folgende Eingabe an den Staatsrat zu richten: 1. Die Gemeinde Wien ersucht den deutschösterreichischen Staat, ihr die im Besitze des Staates befindlichen Teile der Schmelz für die Errichtung eines modernen Arbeiterwohnviertels, eines großen Volksparkes mit Spielwiesen und Sportplätzen unentgeltlich zu überlassen. 2. Im Falle der Erfüllung des vorstehenden Ansuchens erklärt sich die Gemeinde Wien bereit, alle in diesem neuen Stadtteile notwendigen öffentlichen Gartenanlagen sofort zu errichten und die für die Erbauung von Wohnhäusern nach dem neu aufzustellenden Regulierungspläne bestimmten Gründe im Einvernehmen mit schon bestehenden oder für diesen Anlaß neu zu bildenden Arbeiter-Baugenossenschaften der Verwendung zuzuführen. (Zustimmung.)

Kenntnisnahme eines Investitionsprogrammes der Gemeinde Wien; zirka 70 Millionen Kronen erforderlich. (Zustimmung.)

Magistratsbericht über die Kartoffelversorgung Wiens. (Infolge geringer Zuschübe Kürzung der Quote erforderlich. Lagerstand 114 Waggons. Herabsetzung der Quote in der nächsten Woche auf $\frac{1}{2}$ kg. Zweitnächste Woche, wenn keine Zuschübe kommen, kartoffellos. Keine nennenswerten Zufuhren aus Niederösterreich. Nichts aus Böhmen und Galizien zu erwarten. Aus Ungarn bisher nichts. Ersatz: Kraut.)

Magistratsbericht über die Mehlversorgung der Stadt Wien. (Steigende Tendenz des Bedarfes in den letzten vier Wochen infolge Rückströmens der Truppen. Deutschland infolge der politischen Wirren nicht in der Lage, die Zufage auf Lieferung von 1000 Waggons einzuhalten. Verhand-

lungen mit der ungarischen Regierung. Auch beim Verschleißmehl steigende Tendenz. In den nächsten Wochen keine Schwierigkeiten in der Mehlversorgung zu erwarten. Abschluß von Verträgen mit argentinischen Firmen.)

Magistratsbericht über die Fettversorgung der Stadt Wien. (Fettversorgung dadurch gesichert, daß Gemeinde ein bedeutendes Quantum aus ihrer Reserve zur Verfügung stellt. Anlieferung der von der Gemeinde Wien in Ungarn gemästeten Schweine. Freiwerden eines nicht unbedeutenden Fettvorrates eines militärischen Verpflegsmagazines, zirka 40 Waggons.)

Magistratsbericht über die Zuckerversorgung der Stadt Wien. (Ungünstiger Stand, da „Narodny vybor“ die Zusendungen nach Deutschösterreich eingestellt hat und die Zuckerfabriken im tschechischen Gebiete liegen; 90 Waggons ukrainischen Zuckers verbrannt, so daß das Ernährungsamt heute über keinen Zucker verfügt. Ausgabe des Zuckers aus der Reserve der Gemeinde Wien. Mit Refundierung des Zuckers ist Ernährungsamt mit ungefähr 148 Waggons im Rückstande. Ab nächster Woche Abgabe bloß der halben Quote aus dem Vorrat der Gemeinde.)

Magistratsbericht über die Ausgabe der Lebensmittelfarten. (Seit Mitte Oktober Zuwachs von 110.000 Personen in Wien, die Dauerkarten erhielten. Ausgabe von 130.000 Urlauberkarten. Doppel-Dotierungen sehr häufig.)

Magistratsbericht über die Dienstreise des Magistratsrates Dr. Fastenbauer und des Oberbergrates Dr. Rloß nach Prag und Aussig zwecks Verhandlungen mit der tschecho-slowakischen Regierung über Kohlenbeschaffung.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, an das Staatsamt für Auseres heranzutreten, damit es sich, wie in der Lebensmittelfrage, auch in der Kohlenfrage an die Entente um Abhilfe wende.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, mit der süd-slawischen oder italienischen Regierung wegen Rückgabe der für die Flotte bestimmten Kohlenvorräte zu verhandeln.

Anregung des Gemeinderates Gols, die in den Munitionsfabriken lagernden Kohlenvorräte zu erfassen.

Anregung des Gemeinderates Dr. v. Schwarz-Hiller, eine Deputation der Stadt Wien in die Schweiz zu entsenden, um mit der Entente in der Kohlenversorgungsfrage zu verhandeln. (Lieferung von Kohle, Erleichterung der Deutschland in den Waffenstillstandsbedingungen auferlegten Zahl der abzuliefernden Waggons, Ausübung eines Druckes auf den tschecho-slowakischen Staat, damit er Kohle an Deutschösterreich abgibt. (Zustimmung.)

Magistratsbericht über die Futtermittelversorgung. (Aktion der Gemeinde, aus Russisch-Polen, Bosnien und Ungarn Rauhfutter zu bekommen, unterbunden. Absicht, Zuckerrüben aus dem tschecho-slowakischen Staat zu beschaffen. 2 Kilogramm Heu pro Pferd, 4 kg Mischfutter für leichte, 7 kg für schwere Pferde. Erhöhung wegen Waggommangels ausgeschlossen. Dafer wird ausschließlich für menschliche Ernährung verarbeitet. Futterbedarf der städtischen Betriebe für die nächsten Wochen gedeckt.)

Beschwerde des Gemeinderates Leitner über den bei der Abgabe von Futtermitteln eingehaltene Vorgang.

Magistratsbericht über die Milchversorgung. (Verringerung der Zufuhren am 31. Oktober von 120.000 Liter auf 80.000 Liter infolge Ausbleibens der ungarischen und böhmischen Milch. Versorgung kann nicht mehr im vollen Maße aufrechterhalten werden. Telegramm des Bürger-

meisters nach Brünn um Freigabe der mährisch-slowakischen Milch, 26.000 Liter. Aufruf an den tschecho-slowakischen Staat um Freigabe der Milch.)

Magistratsbericht über die Eierversorgung. (Völliges Aufhören der Zufuhren an frischen Eiern im November. Ausgabe von konservierten Eiern an die Straßenbahner, Gaswerke, Elektrizitätswerke, Polizei, Spitäler, Kriegs- und Gemeinschaftsküchen. Verhandlungen mit Ungarn, betreffend Überlassung von 2000 Kisten konservierten Eiern.)

Magistratsbericht über die Holzversorgung der Stadt Wien. (Fortsetzung der Holzschlägerarbeiten in den Wäldern Niederösterreichs und auf Herrschaftsgütern. Es wurden erzeugt 112.000 Raummeter, davon 78.000 nach Wien gebracht. Beginn der Abgabe von Unterzündholz an die Bevölkerung im Februar. Höchstmenge 5 kg pro Woche und Haushalt, Preis 36 Heller pro Kilogramm.)

Vorläufige Abstandnahme von der Erhöhung der Fettquote.

109. Obmänner-Konferenz vom 21. November 1918.

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die Lage des Arbeitsmarktes und die von Tag zu Tag steigende Arbeitslosigkeit.

Magistratsbericht über die Tätigkeit des städtischen Arbeiterfürsorgeamtes.

Mitteilung des Präsidenten des Industriellen-Verbandes Ing. Urban, daß seit April 1918 seitens der Kriegsverwaltung Forderungen in der Höhe von zirka 800 Millionen Kronen an die Industrie nicht zur Auszahlung gelangten.

Erklärung des Vertreters des Staatsamtes für soziale Fürsorge, daß die Borarbeiten für die vom Staatsrat angeordnete Arbeitslosenunterstützung in vollem Gange seien.

Mitteilung der Bauamts-Direktion über ein großzügiges Programm der Gemeinde, betreffend die Durchführung von Notstandsarbeiten.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Forderung nach ehester Freigabe von Rohstoffen und deren gleichmäßige Verteilung.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Feststellung der Arbeitsbedingungen (Lohn und Arbeitszeit).

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Gewährung einer Kredithilfe an die Gewerbetreibenden.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Unterstützung der durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogenen Krankenkassen.

Anregung des Gemeinderates Reumann auf Wiedererrichtung von Nähstuben behufs Beschäftigung von arbeitslosen Frauen und Mädchen.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain, die Regierung aufzufordern, die Industrien in die Lage zu versetzen, ihre durch den langen Krieg stark hergenommenen Betriebe wieder aufzurichten, damit die Friedensarbeit ehestens im vollen Umfange wieder aufgenommen werden könne.

Beschluß: Die Obmänner-Konferenz als Repräsentanz des gesamten Wiener Gemeinderates fühlt sich verpflichtet, die Forderung nach sofortiger entsprechender Regelung der verschiedenen liquidierten nicht bezahlten Forderungen der Industrie an die Staatsregierung nachdrücklichst zu unterstützen, ebenso die Aufhebung der Beschlagnahme und die Zuweisung der

bei den Industriellen lagernden Materialien im Sinne einer gerechten Aufteilung. Die Verbindung zwischen den verschiedenen Arbeitsvermittlungstellen muß gefunden werden, ebenso wie die Verbindung zwischen den arbeitvergebenden Stellen. Es wird die sofortige Inangriffnahme der Neuordnung der Kredithilfe für den Gewerbestand gefordert, wobei auf die Unterstützung der Regierung großer Wert gelegt wird. Die Forderung nach Regelung der Mindestlöhne und die Arbeitszeit betrifft nicht nur die Arbeitsgeber im allgemeinen, sondern insbesondere auch die Gemeinde Wien als Großindustriellen und vielfachen Arbeitsgeber und es wird daher auch diese Frage im Schoße der Gemeinde behandelt werden. Was die Organisation der Nähstuben und der Heimarbeit betrifft, wird Obermagistratsrat Dr. Dont ersucht, hierüber neuerliche Vorschläge zu erstatten. Hierbei müsse auf Beschaffung der Materialien das größte Gewicht gelegt werden. Der Vertreter des Staatsamtes für soziale Fürsorge wird ersucht, wegen der vielfach den Arbeitsuchenden fehlenden Arbeitsdokumente und ihres eventuellen Ersatzes das Nötige zu veranlassen, weil die Gemeinde Wien die Sache nicht allein regeln kann, nachdem es sich um ganz Deutschösterreich handelt. Es müßte mindestens eine Rahmenverordnung erscheinen, welche diese Verhältnisse entsprechend regelt. Ferner soll die Möglichkeit, ohne langwieriges Verfahren Grundflächen in Anspruch zu nehmen, analog dem Kriegsleistungsgesetze weiterbestehen.

Bericht der Bauamts-Direktion über ein Anbot auf Ankauf des Arsenal's. (Ablehnung.)

Anregung des Gemeinderates Goltz auf Erwerbung des im Arsenal untergebrachten Heeresmuseums durch die Gemeinde Wien.

Ablehnung des Angebotes auf Ankauf der Hofreitschule.

Anregung des Gemeinderates Goltz auf Übernahme des Protektorates über die Rennen durch die Gemeinde Wien.

Zustimmung zur Entsendung des Gemeinderates Dr. v. Schwarzhiller in die Schweiz zwecks Verhandlungen mit der Entente über die Lieferung von Lebensmitteln und Kohle für die Stadt Wien und Ermächtigung desselben, die Reise eventuell nach London fortzusetzen. Bewilligung der nötigen Geldmittel.

110. Obmänner-Konferenz vom 27. November 1918.

Festsetzung der Tagesordnung für die Konstituierung des provisorischen Gemeinderates (Wahl des Präsidiums und des Stadtrates durch Zuzuf.)

Protest des Gemeinderates Dr. Hein dagegen, daß seine Partei in der provisorischen Gemeindevertretung um 1 Mandat verkürzt und im Präsidium ungenügend vertreten sei.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner zu Verhandlungen in Angelegenheit der Aufnahme einer amerikanischen Goldanleihe zur Bezahlung der angestrebten Lebensmittelaushilfe aus Amerika.

Kenntnisnahme einer Zuschrift des Staatssekretärs für öffentliche Arbeiten, nach welcher bei Hinausgabe der Vollzugsanweisung der niederösterreichischen Landesregierung vom 14. November 1918 wegen Verschärfung der Sparmaßnahmen auf eine Drosselung des Straßenbahnverkehrs, so erstrebenswert diese wegen des bisherigen Ausbleibens aller Kohlenzufuhren erscheint, nicht Bedacht genommen wurde, weil die

Regelung dieser Einschränkung gemäß § 30 der Ministerialverordnung vom 1. Dezember 1917 dem Staatsamte für Verkehrswesen im Einvernehmen mit dem Staatsamte für öffentliche Arbeiten vorbehalten ist. Es wird daher der Bürgermeister ersucht, unverzüglich Anträge wegen Drosselung des Straßenbahnverkehrs beim Staatsamte für Verkehrswesen zu stellen und mitgeteilt, daß der Staatssekretär unter einem an das Staatsamt für Verkehrswesen mit dem Ersuchen herantritt, im Hinblick auf die außerordentlich bedrängte Lage der Elektrizitätswerke Wiens eine entsprechende Einschränkung des Straßenbahnverkehrs zu veranlassen.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Erörterung der Frage des Hausbrandes durch Magistratsrat Dr. Faistenbauer und den Vertreter des Staatsamtes für öffentliche Arbeiten in Prag. Zusage auf täglich 5 Züge Braunkohle aus Nordwestböhmen wird nicht eingehalten, der Kohleninspektor in Auffig hat täglich nur 1478 Tonnen verladen. Der tschechische Ministerrat genehmigt, daß für das Gaswerk 64.400, für das Elektrizitätswerk 10.100 Tonnen aus Ostrau und 9344 Tonnen aus Brüx verladen werden. Mit der Verladung ist erst heute begonnen worden. Ansuchen der Staatsbahnen um Kohlenaushilfen; 20 Waggons bereits bewilligt, weiteres Ansuchen um 55 Waggons. Wohlmeinung der Obmänner-Konferenz über die eventuelle Bewilligung dieses Ansuchens erwünscht. Auf volle Belieferung aus Böhmen kaum zu rechnen.)

Bericht der Gaswerksdirektion über Kohlenversorgung der Gaswerke. (Vorrat am 1. Dezember 1918: 61.800 Tonnen, reicht bei täglichem Verbrauch von 220 Waggons auf zirka 3 Wochen. Reduzierung des Gasverbrauches auf die Hälfte notwendig. Täglicher Gasverbrauch einer Haushaltung bei Möglichkeit der Kohlenfeuerung 1 Kubikmeter, sonst 3 Kubikmeter.)

Bericht der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke über die Kohlenversorgung der Elektrizitätswerke. (Kohlenvorrat zu Ende. Der Betrieb kann nur mehr 2 bis 3 Wochen aufrechterhalten werden. Geringer Erfolg der Sparmaßnahmen, weitere Einschränkungen nötig. Kürzung der Wohnungsbeleuchtung um 50%. Einschränkungen auf der Straßenbahn notwendig. Bei 30%iger Kürzung des Betriebes tägliche Ersparnis 10 Waggons Kohle. Bei weiterem Ausbleiben der Zufuhren Kürzung der industriellen Betriebe notwendig. Leistungsfähigkeit des Zillingdorfer Werkes mit Rücksicht auf Arbeitermangel und Bitterung gering.)

Bericht der städtischen Straßenbahnen über die wegen der herrschenden Kohlennot notwendigen Betriebseinschränkungen. (Sinken des Wagenstandes auf den Stand vom Juli, d. i. 830 Waggons, Schwierigkeiten bei der Erhaltung des Geleisebaues. Vorschlag auf 30%ige Betriebseinschränkung, späterer Betriebsbeginn um $\frac{1}{2}$ Stunde, Auslassung einzelner Linien, längere Intervalle, Betriebschluß 7 Uhr abends.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über einen ihm zugekommenen anonymen Brief, in welchem die vollständige Einstellung des Sonntagsverkehrs angeregt wird.

Anregung des Gemeinderates Kunschak, Erhebungen über private außergewöhnliche Kohlenvorräte zu pflegen.

Anregung des Gemeinderates Kunschak auf Einschränkung des Betriebes der Theater, Kinos und Varietés.

Beschluß in Angelegenheit der durch die herrschende Kohlennot notwendig gewordenen Einschränkungen des Straßenbahnbetriebes. Die Obmänner-Konferenz des Wiener Gemeinderates warnt mit Rücksicht auf die Lage der Bevölkerung Wiens vor einer weiteren Drosselung des Straßen-

bahnverkehrs und ersucht die Gesamtregierung, daß mit noch größerem Nachdruck alles aufgeboten werde, um die nötige Anzahl Waggons Kohle aufzubringen, um diese Drosselung zu vermeiden, da sie die Verantwortung für die Folgen dieser in das Wirtschaftsleben tief einschneidenden Maßnahme nicht übernehmen könne. Der Direktor der städtischen Straßenbahnen wird ermächtigt, dem zuständigen Staatssekretär Vorschläge zu erstatten, wobei er an folgendes gebunden ist: Betriebsluß frühestens 8 Uhr abends, weitgehende Einschränkung des Sonntagsverkehrs unter Aufrechterhaltung eines Früh- und Abendverkehrs zu den Bahnhöfen. Der Direktor der städtischen Elektrizitätswerke wird beauftragt, mit allen Mitteln auf die Hebung der Kohlenwerke in Billingsdorf hinzuwirken.

Ablehnung des Ansuchens der Staatsbahnen um eine Aushilfe von 40 Waggons Braunkohle.

Magistratsbericht über die Mehlerversorgung der Stadt Wien. (Steigen des Mehlerbedarfes von 26½ auf 30¼ Waggons pro Woche (Kochmehl). Steigen des Brotmehlerbedarfes von 91½ auf 100½ Waggons pro Woche. Mehlerbedarf der Gemeinde bis 28. Dezember gedeckt. Einlangen zahlreicher überseeischer Offerte. Intervention der neutralen Diplomaten bei den einzelnen Nationalstaaten.)

111. Obmänner-Konferenz vom 2. Dezember 1918.

Bericht der Direktion der städtischen Gaswerke über den Stand der Verhandlungen, betreffend die Hinausgabe einer Sparverordnung. (Durch die Verzögerung um 4 Tage ist das Gaswerk gezwungen, um 4 Tage früher zu sperren. Ohne weitere Zuschübe werde die Industrie noch zirka 3 Wochen beliefert werden können. Gesamtvorrat 6000 Waggons.)

Bericht der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke. (Kein Effekt der früheren Sperrverordnung, da Industrie und Gewerbe den Maschinenbetrieb auf die freigegebenen Stunden konzentrierten. Auch bei gänzlicher Einstellung des Betriebes muß das Netz unter Spannung gehalten werden. Ein Drittel des heute noch zur Verfügung stehenden Kohlenvorrates muß reserviert werden, ebenso das Werk in Billingsdorf. Die Stromlieferung wird wahrscheinlich am 15. d. eingestellt werden und mit der Abschaltung der großen Betriebe begonnen werden müssen. Versuche, den Betrieb in Billingsdorf zu forcieren. Weitere Einschränkungen erforderlich.)

Anregung des Gemeinderates Dr. Hein auf weitere Drosselung des Nahverkehrs der städtischen Straßenbahnen unter Aufrechterhaltung des Fernverkehrs.

Anregung des Gemeinderates Neumann auf vollständige Aufklärung der Bevölkerung über die Kohlenmisere durch die Presse.

Anregung des Vize-Bürgermeisters Rain, gewisse Strecken der Straßenbahn mit Rücksicht auf die durch die herrschende Kohlennot notwendigen Einschränkungen im Straßenbahnbetrieb mit Pferden zu betreiben.

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Hausbrandversorgung abermals verschlechtert.)

Beschluß in Angelegenheit der durch die herrschende Kohlennot bedingten Sparmaßnahmen im Betriebe der drei großen städtischen Unternehmungen. (1. Die Direktoren Menzel und Karel werden ermächtigt, in der bei der Landesregierung in Angelegenheit der Durchführung von

Sparmaßnahmen stattfindenden Sitzung jene Spar- und Sperrmaßnahmen in Vorschlag zu bringen, die schon in der Obmänner-Konferenz vom 27. November 1918 bekanntgegeben wurden, weiters die Sperre der Theaters, Kinos und Varietés, die Sperre der Gast- und Kaffeehäuser um 9 Uhr und die Sperre der Haustore um 8 Uhr. 2. Der Magistrat wird beauftragt, eine Verordnung der Landesregierung zu erwirken, nach welcher folgende Einschränkungen im Straßenbahnverkehr festgesetzt werden: Auflassung weiterer Haltestellen und Einstellung des Sonntagsverkehrs, Betriebs-schluß um 8 Uhr abends und Beginn des Frühverkehrs um eine halbe Stunde später.)

Genehmigung der Verlängerung der Gültigkeit der Abgabeordnung für die Wertzuwachssteuer für das Jahr 1919.

Magistratsbericht über die Aufnahme einer Dollaranleihe bei der Entente zur Bezahlung der angestrebten Lebensmittelleistungen aus Amerika.

Genehmigung von Verhandlungen mit der Entente wegen Aufnahme einer Dollaranleihe zur Bezahlung der angestrebten Lebensmittelleistungen aus Amerika und zeitliche Bevollmächtigung des Gemeinderates Dr. von Schwarz-Hiller zur Führung dieser Verhandlungen.

Genehmigung des Ankaufes von zirka 1,500.000 Liebesgabenpaketen, die im italienischen Kriegsgefangenenlager zu Sigmundshergberg lagern, zum Preise von zirka 28 Millionen Kronen.

112. Obmänner-Konferenz vom 16. Dezember 1918.

Magistratsbericht über das Ergebnis der mit der tschecho-slowakischen Regierung in Angelegenheit der Kohlenversorgung Wiens in Prag geführten Verhandlungen. (Auch bei Einhaltung der von der tschecho-slowakischen Regierung zugesicherten Kohlenmengen ist an eine Erleichterung oder Aufhebung der gegenwärtigen Sparmaßnahmen bis auf weiteres nicht zu denken.)

Magistratsbericht über die Kohlenversorgung der Stadt Wien. (Geringer Einlauf, Deckung des Bedarfes zum größten Teil aus den Vorräten, die bedeutend gesunken sind. Keine Besserung des Einlaufes.)

Magistratsbericht über die bei Privaten in Wien eingelagerten Kohlenvorräte.

Magistratsbericht über Verhandlungen im Staatsamt für öffentliche Arbeiten wegen weiterer Einschränkungen bei den Gaswerken, Elektrizitätswerken und Straßenbahn. (Anträge der Direktoren Karel und Menzel bei diesen Verhandlungen. Verkürzung der Arbeitszeit für die motorischen Betriebe von 30 auf 24 Stunden wöchentlich. Späterer Beginn der Arbeit um eine Stunde. Beginn des Straßenbahnbetriebes um eine Stunde später, abends Schluß um eine Stunde früher. Schluß der Kaffeehäuser um 7 Uhr abends. Einstellung der elektrischen Ladestationen der Automobile, allgemeines Verbot der Auslagenbeleuchtung, 50%ige Herabsetzung des Stromverbrauches in den Ämtern, Aufrechterhaltung aller anderen Sparmaßnahmen.)

Bericht der Direktion der städtischen Elektrizitätswerke über das Billingsdorfer Werk. (Lohnbewegung, Forderung des Achstundentages und Lohnsätze von 32, 24 und 20 K pro Tag. Antrag: Bewilligung der Löhne bis März. Steigerung der Produktion, Erzeugung von 80.000 Kilo-

wattstunden in der vorigen Woche, voraussichtliche Erzeugung in dieser Woche 100.000 Kilowattstunden.) (Zustimmung zur Lohnerhöhung.)

Bericht der Gaswerksdirektion über die Kohlenversorgung der Gaswerke (Kohlenvorrat 4000 Waggons, Tagesverbrauch 200 Waggons. Durch Sperrverordnung vom 4. Dezember Tagesverbrauch 130 Waggons, Gasabgabe täglich 490.000 Kubikmeter. Kohlenersparnis 35%. Erschöpfung des Vorrates in 30 Tagen. Reservierung von täglich 70 Waggons für die Krankenhäuser, Kriegsküchen und die öffentliche Beleuchtung.)

Magistratsbericht über die Aktion der Gemeinde Wien zur Beschaffung von Brennholz. (In Hinsicht auf die Unersehllichkeit der Kohle als Heizmaterial für die Großstadt hat sich dieselbe nur auf die Beschaffung von Unterzündholz und Brennholz für das Bäckergerwerbe und ähnlicher Gewerbe beschränkt. Wenn auch ein voller Ersatz von Kohle durch Holz ausgeschlossen erscheint, so wolle die Gemeinde mit Rücksicht auf den immer drückender werdenden Kohlenmangel die Brennholzversorgung von Wien derart durchführen, daß hierdurch eine weitgehende Brennmaterial-Beihilfe vor allem zunächst für die bedürftigen kleinen Haushalte möglich wird. In diesem Sinne ist zuerst an geeigneten Stellen im Lainzer Tiergarten mit der Holzschlägerung begonnen und die sofortige Bringung des geschlägerten Holzes veranlaßt worden. Auch in anderen in der Nähe Wiens günstig gelegenen Gebieten des Wienerwaldes werden Holzschlägerungen durchgeführt. Eine Holzbeschaffung in größeren Mengen aus weiter entfernten Gegenden ist mit Rücksicht auf die mangelnden Transportmittel nicht möglich. Die Aktion der Gemeinde stößt auf große Schwierigkeiten, in erster Linie auf den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften, die allein einen Arbeitserfolg gewährleisten können. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der Forderung der Arbeiter nach Beistellung der vollen Verpflegung.)

Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über den neuerlichen Zuzug von Flüchtlingen aus Böhmen und anderen Gegenden.

Ermächtigung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, gegen den neuerlichen Zuzug von Flüchtlingen nach Wien beim Staatsamte des Innern Vorstellung zu erheben.

